

(segue testo italiano / italienischer Text folgt)

Anlage A

Technische Leitlinien zu den Gesuchen betreffend die Ableitung von öffentlichen Gewässern zur Erzeugung elektrischer Energie

**gemäß Art. 2 Absatz 2, Buchstabe a) des
Landesgesetzes vom 26.01.2015, Nr. 2**

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	6
2.	Begriffsbestimmungen	6
3.	Kurzbeschreibung der verschiedenen Verfahren	7
4.	Allgemeines	13
5.	Erforderliche Dokumente	14
5.1	Neuantrag auf einem Abschnitt eines oder mehrerer Wasserkörper: vom Projektträger einzureichende Dokumentation	14
5.1.1	Formblatt mit den zu veröffentlichenden persönlichen Daten des Projektträgers und mit den technischen Daten des Projektes	14
5.1.2	Zusätzliche Angaben und Dokumente	14
5.2	Konkurrenzprojekte und Vervollständigung des Gesuchs des Projektträgers	18
5.2.1	Einreichen von Konkurrenzgesuchen	18
5.2.2	Erforderliche Dokumente	18
5.3	Ansuchen um Konzessionen für die hydroelektrische Produktion in Trinkwasserleitungen < 220 kW laut Artikel 23-ter des Gesetzes	23
5.4	Ansuchen um Konzessionen für die hydroelektrische Produktion in bestehenden Bewässerungs- oder Beschneiungsanlagen < 220 kW laut Artikel 23-ter des Gesetzes	25
5.5	Ansuchen um Konzessionen für Ableitungen an Querbauwerken	26
5.6	Ansuchen für geringfügige Änderungen	26
6.	Ausgleichszahlungen zum Wohle der Allgemeinheit-bei Gesuchen für mittlere Ableitungen	27
7.	Gesuche um Erneuerung	28
7.1	Erneuerung von Konzessionen für kleine Ableitungen / mittlere Ableitungen historischer Genossenschaften	28
7.2	Erneuerung von Konzessionen für mittlere Ableitungen	29
8.	Durchführung der Bauabnahme	30
9.	Unterzeichnungsberechtigung der Projekte	30
10.	Zustellung der Gesuche und Dokumentenverwaltung	31
11.	Anhang: Gesuchformulare	31

1. Einführung

Das Landesgesetz vom 26.01.2015, Nr. 2, im Folgenden „Gesetz“ genannt, sieht in Art. 2, Abs. 1, Buchstabe a) vor, dass die Landesregierung „technische Leitlinien zu den Gesuchen und zu den anzugebenden Daten und beizulegenden Unterlagen, in denen auch die Verfahren für die Korrektur und Ergänzung eventueller unvollständiger Gesuche angeführt sind“ erlässt.

Damit sollen die an einer Ableitung zum Zwecke der hydroelektrischen Nutzung Interessierten einen Überblick darüber erhalten, welche Dokumente zu welchem Verfahrensschritt und in welcher Form einzureichen sind, mit dem Ziel einen transparenten, effizienten und korrekten Verfahrensablauf sicherzustellen.

2. Begriffsbestimmungen

Abflussdauerlinie

Diagramm über die Beziehung zwischen der im langjährigen Mittel an der/den Wasserfassung/en vorhandenen Wassermenge und der Anzahl der Tage, an welchen diese Wassermenge überschritten wird (z. B. Q_{100} = Abfluss, der an 100 Tagen im Jahr erreicht oder überschritten wird).

Ausbauwassermenge oder maximal ableitbare Wassermenge Q_{max} [l/s]

Die Ausbauwassermenge ist die maximale Wassermenge, die in einem Wasserkraftwerk mit und ohne bergseitige Speichermöglichkeit zur Dimensionierung der elektromechanischen Ausrüstung dient.

Druckstoß [bar]

Aufgrund von raschen Schließ- oder Öffnungsvorgängen auftretende Über- und Unterdruckwellen innerhalb von Druckrohrleitungen.

Druckverlust [m]

Der Druckverlust entsteht durch Rohrreibung entlang des Triebwasserweges (verteilte Verluste) und durch dessen Bauteile (Armaturen, Formstücke, Verzweigungen usw. – lokale Verluste), was in Form eines Verlustes an Fallhöhe ausgedrückt werden kann und nicht für die Stromproduktion nutzbar ist.

Dynamischer Druck [bar]

An einem betrachteten Punkt der unter Druck stehenden Leitung vorhandene Differenz aus statischem Druck und Druckverlust.

Hydraulische Leistung P_{hyd} [kW]

$$P_{hyd} = \frac{Q \cdot H_d}{102}$$

Q: jeweils abgeleitete Wassermenge [l/s]

H_d : Bruttofallhöhe [m]

Elektrische Leistung P_{ele} [kW]

Die am Ausgang des Generators (Generatorklemmen) erzeugte elektrische Energie:

$$P_{ele} = P_{hyd} \cdot \eta_L \cdot \eta_T \cdot \eta_G \cdot \eta_{Tr}$$

η_L : Wirkungsgrad Leitung

η_T : Wirkungsgrad Turbine

η_G : Wirkungsgrad Generator

η_{Tr} : Wirkungsgrad Transformator

Gesamtwirkungsgrad der Anlage bei Ausbauwassermenge η_{tot} [-]

$$\eta_{tot} = \eta_L \cdot \eta_T \cdot \eta_G \cdot \eta_{Tr}$$

η_L : Wirkungsgrad Leitung

η_T : Wirkungsgrad Turbine

η_G : Wirkungsgrad Generator

η_{Tr} : Wirkungsgrad Transformator

Installierte Leistung [kVA]

Summe aller in der Anlage vorhandenen, installierten Generatorleistungen.

Jahresarbeitsvermögen (Regelarbeitsvermögen) [kWh/a, MWh/a, GWh/a]

Energieproduktion, die in einem Jahr mit durchschnittlichen Abflussverhältnissen erzeugt wird. Es ist jene Energieproduktion, die dem langjährigen Mittel der Jahresenergieproduktionen entspricht.

Mindest abzuleitende Wassermenge oder minimale Wassermenge Q_{min} [l/s]

Mindest abzuleitende Wassermenge ist jene Wassermenge, ab deren Unterschreiten die Turbinen außer Betrieb gesetzt werden.

Mittlere abgeleitete Wassermenge [l/s]

Mit Bezug auf die Abflussdauerlinie handelt es sich um den Mittelwert zwischen der Ausbauwassermenge und die mindest abzuleitende Wassermenge.

Mittlere jährliche Nennleistung P_{conc} [kW]

$$P_{conc} = \frac{Q_{med} \cdot H_N}{102}$$

Q_{med} : mittlere abgeleitete Wassermenge [l/s]

H_N : Nennfallhöhe [m]

Nennfallhöhe H_N [m]

Differenz zwischen Oberwasserspiegel und Unterwasserspiegel bei stillstehender Anlage.

Oberwasserspiegel: Kote des Wasserspiegels bergwärts der Maschinen zur Produktion elektrischer Energie bei stillstehender Anlage

Unterwasserspiegel: Kote des Wasserspiegels talwärts der Maschinen zur Produktion elektrischer Energie bei stillstehender Anlage

Nettofallhöhe bei Ausbauwassermenge [m]

Differenz errechnet aus technischer Bruttofallhöhe und Verlusten (Reibungsverluste entlang der Leitung und lokale Verluste durch Armaturen, Rohrbögen, Rohrabzweigungen usw.) bei Ausbauwassermenge.

Statischer Druck [bar]

Technische Bruttofallhöhe.

3. Kurzbeschreibung der verschiedenen Verfahren

Das Gesetz gliedert Konzessionen für die Ableitung öffentlicher Gewässer zur hydroelektrischen Produktion auf der Grundlage der mittleren jährlichen Nennleistung in kleine Ableitungen „D“ (kleiner als 220 kW) und in mittlere Ableitungen „GD“ (größer - gleich 220 kW und kleiner als 3000 kW). Entsprechend dieser Gliederung sind unterschiedliche Genehmigungsverfahren vorgesehen.

Tabelle A. Chronologische Abfolge für die Ausstellung neuer Konzessionen

	Neue Ansuchen für Konzessionen kleiner Wasserleitungen D	Neue Ansuchen für Konzessionen mittlerer Wasserleitungen GD
1	Das zuständige Amt, im Folgenden „Amt“ genannt, überprüft innerhalb von 30 Tagen das eingereichte Gesuch (Formblätter A.1 und A.2) inklusive Projekt des Projektträgers auf Vollständigkeit (gemäß Abschnitt 5.1 oder 5.2 dieser Leitlinie) und auf Vereinbarkeit mit dem Wassernutzungsplan und dem Gewässerschutzplan. Bei unvollständigen Unterlagen wird der Gesuchsteller einmalig aufgefordert, fehlende Unterlagen innerhalb einer Frist nachzureichen. Ansonsten wird das Gesuch archiviert.	Das zuständige Amt, im Folgenden „Amt“ genannt, überprüft innerhalb von 30 Tagen das eingereichte Gesuch (Formblätter A.1, A.2 und A.9) inklusive Projekt des Projektträgers auf Vollständigkeit (gemäß Abschnitt 5.1 oder 5.2 dieser Leitlinie) und auf Vereinbarkeit mit dem Wassernutzungsplan und dem Gewässerschutzplan. Bei unvollständigen Unterlagen wird der Gesuchsteller einmalig aufgefordert, fehlende Unterlagen innerhalb einer Frist nachzureichen. Ansonsten wird das Gesuch archiviert.
2	Das Formblatt A.1 wird im Südtiroler Bürgernetz für 120 Tage veröffentlicht.	Das Formblatt A.1 wird im Südtiroler Bürgernetz für 120 Tage veröffentlicht.
2.1	Innerhalb dieser 120 Tage der Veröffentlichung muss der Projektträger seine bereits eingereichten Unterlagen gemäß Abschnitt 5.2 dieser Leitlinie ergänzen und samt Formblatt A.2 einreichen, sofern dies nicht bereits bei der Ersteinreichung erfolgt ist. Sollten die Unterlagen des Projektträgers nicht den Vorgaben gemäß Abschnitt 5.2 entsprechen, wird das Gesuch archiviert, falls eine vorherige Aufforderung auf Integration, gemäß Abschnitt 5.1, stattgefunden hat.	Innerhalb dieser 120 Tage der Veröffentlichung muss der Projektträger seine bereits eingereichten Unterlagen gemäß Abschnitt 5.2 dieser Leitlinie ergänzen und samt Formblatt A.2 einreichen, sofern dies nicht bereits bei der Ersteinreichung erfolgt ist und eventuell das Formblatt A.9 (wirtschaftliches Angebot) austauschen. Sollten die Unterlagen des Projektträgers nicht dem Mindestinhalt von Abschnitt 5.2 entsprechen, wird das Gesuch archiviert, falls eine vorherige Aufforderung auf Integration, gemäß Abschnitt 5.1, stattgefunden hat.
2.2	Innerhalb von 120 Tagen ab Veröffentlichung können Konkurrenzprojekte gemäß Abschnitt 5.2 dieser Leitlinie mit Formblatt A.3 eingereicht werden.	Innerhalb von 120 Tagen ab Veröffentlichung können Konkurrenzprojekte gemäß Abschnitt 5.2 dieser Leitlinie mit Formblättern A.3 und A.9 eingereicht werden.
2.3	Der Projektträger kann innerhalb dieser 120 Tage ein neues Gesuch mit Formblatt A.3 und grundsätzlich überarbeitetem Projekt gemäß Abschnitt 5.2 dieser Leitlinie einreichen. Dieses Projekt ersetzt das ursprüngliche Projekt und der Projektträger wird somit zum Konkurrenten.	Der Projektträger kann auch innerhalb dieser 120 Tage ein neues Gesuch samt ausgefüllten Formblättern A.3 und A.9 und grundsätzlich überarbeitetem Projekt gemäß Abschnitt 5.2 dieser Leitlinie einreichen, wobei er sein ursprüngliches ersetzt und er somit zum Konkurrenten wird.
2.4	Bei Gesuchen für Konzessionen für kleine Wasserleitungen, welche ausschließlich dem Eigenverbrauch von Bergbauernhöfen, Alm- und Schutzhütten dienen und bei denen kein wirtschaftlicher und günstiger Anschluss an das Stromnetz möglich ist, werden die Artikel 4 und 9 des Gesetzes nicht angewandt. Die Unterlagen sind vollständig gemäß Abschnitt 5.2 dieser Leitlinie und samt Formblatt A.3 einzureichen.	Nicht vorgesehen.

3	Nach Ablauf dieser 120 Tage (Punkt 2) gelten die eingereichten Unterlagen als endgültig und es können keine weiteren Änderungen der Unterlagen angenommen werden.	Nach Ablauf dieser 120 Tage (Punkt 2) gelten die eingereichten Unterlagen als endgültig und es können keine weiteren Änderungen der Unterlagen angenommen werden.
4	Innerhalb von 45 Tagen nach Ablauf der Veröffentlichungsfrist von 120 Tagen überprüft das Amt die Projektunterlagen. Bei unvollständigen Unterlagen wird der betroffene Konkurrent einmalig aufgefordert, fehlende Unterlagen innerhalb einer definierten Frist nachzureichen. Anderenfalls wird das Gesuch archiviert.	Innerhalb von 45 Tagen nach Ablauf der Veröffentlichungsfrist von 120 Tagen überprüft das Amt die Projektunterlagen. Bei unvollständigen Unterlagen wird der betroffene Konkurrent einmalig aufgefordert, fehlende Unterlagen innerhalb einer definierten Frist nachzureichen. Anderenfalls wird das Gesuch archiviert.
5	Die zugelassenen Gesuche sowie der Termin des Lokalausgleichs werden im Südtiroler Bürgernetz für folgenden Zeitraum veröffentlicht: - 15 Tage, - 30 Tage auch im digitalen Amtsblatt der betroffenen Gemeinden, wenn die persönliche Mitteilung an die Grundeigentümer wegen der großen Anzahl von Adressaten nicht möglich oder besonders schwierig ist.	Die zugelassenen Gesuche sowie der Termin des Lokalausgleichs werden im Südtiroler Bürgernetz für folgenden Zeitraum veröffentlicht: - 15 Tage, - 30 Tage auch im digitalen Amtsblatt der betroffenen Gemeinden, wenn die persönliche Mitteilung an die Grundeigentümer wegen der großen Anzahl von Adressaten nicht möglich oder besonders schwierig ist.
6	Ab Veröffentlichung laut Punkt 5 und bis zu 30 Tage nach dem Lokalausgleich können Interessierte in die Gesuche und Projektunterlagen Einsicht nehmen. Innerhalb derselben Frist können Bemerkungen und Stellungnahmen eingereicht werden.	Ab Veröffentlichung laut Punkt 5 und bis zu 30 Tage nach dem Lokalausgleich können Interessierte in die Gesuche und Projektunterlagen Einsicht nehmen. Innerhalb derselben Frist können Bemerkungen und Stellungnahmen eingereicht werden.
7	Das Gesetz sieht nicht die Pflicht von Ausgleichsmaßnahmen durch den Antragsteller vor.	Bis 30 Tage nach Lokalausgleich muss die Grundverfügbarkeit jener Parzellen vorgelegt werden, für welche Ausgleichsmaßnahmen durch den Antragsteller vorgesehen sind, mit sonstiger Archivierung des Gesuches.
8	Nach Ablauf der 30 Tage ab Lokalausgleich werden die Unterlagen zur Begutachtung der Dienststellenkonferenz im Umweltbereich weitergeleitet.	Nach Ablauf der 30 Tage ab Lokalausgleich werden die Unterlagen zur Begutachtung der Dienststellenkonferenz im Umweltbereich weitergeleitet.
9	Der Rechtstitel, mit dem die Verfügbarkeit der Flächen für die Errichtung und den Betrieb der Ableitung nachgewiesen wird, ist innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt der Mitteilung der Entscheidung der Dienststellenkonferenz im Amt vorzulegen.	Grundverfügbarkeit: Das Gesetz sieht in Artikel 11 die mögliche Enteignung, Auferlegung von Zwangsdienstbarkeiten oder Besetzung ab Mitteilung des Zuschlages vor.
10	Nicht vorgesehen.	Innerhalb von 45 Tagen ab Erlass des Gutachtens der Dienststellenkonferenz im Umweltbereich bestimmt die Bewertungskommission das Siegerprojekt.
11	Nicht vorgesehen.	Innerhalb von 60 Tagen ab Mitteilung der Ernennung des Siegers muss dieser bei Notwendigkeit ein Schlichtungsverfahren für die Verfügbarkeit der Flächen einleiten und abschließen.

		Innerhalb von 9 Monaten ab Mitteilung der Ernennung des Siegers muss dieser um Enteignung beim Landesamt für Verwaltung und Enteignungen ansuchen und anschließend dem Amt den Abschluss des Schlichtungs- bzw. des Enteignungsverfahrens melden.
11.1	Wenn bei einer neuen Nutzung vorgesehen ist, Fassungs- oder Ableitungsbauwerke oder einen Teil des Wassers einer bereits bestehenden Nutzung zu verwenden, so müssen, gemäß Art. 47 des Kgl. Dekrets (V.T.) Nr. 1775/1933, die Vorkehrungen für das Nebeneinanderbestehen der Nutzungen sowie die Entschädigung, die der neue Nutzer den bestehenden Nutzern entrichten muss, festgelegt werden.	Wenn bei einer neuen Nutzung vorgesehen ist, Fassungs- oder Ableitungsbauwerke oder einen Teil des Wassers einer bereits bestehenden Nutzung zu verwenden, so müssen, gemäß Art. 47 des Kgl. Dekrets (V.T.) Nr. 1775/1933, die Vorkehrungen für das Nebeneinanderbestehen der Nutzungen sowie die Entschädigung, die der neue Nutzer den bestehenden Nutzern entrichten muss, festgelegt werden.
12	Nicht vorgesehen.	Ausstellung des Auflagenheftes und Unterschrift innerhalb von 60 Tagen.
13	Ausstellung des Konzessionsdekrets.	Ausstellung des Konzessionsdekrets.

Bei der Erneuerung von bestehenden Konzessionen sind für kleine und mittlere Ableitungen unterschiedliche Verfahren vorgesehen:

Tabelle B. Chronologische Abfolge für Ansuchen um Erneuerung bestehender Konzessionen

	Ansuchen um Erneuerung der Konzession kleiner Wasserleitungen D	Ansuchen um Erneuerung der Konzession mittlerer Wasserleitungen GD
1	Ab einem Jahr und bis spätestens sechs Monate vor dem Verfallsdatum der bestehenden Konzession kann mit Formblatt A.6 um Erneuerung der Konzession angesucht werden. Dabei sind die Unterlagen gemäß Abschnitt 7.1 dieser Leitlinie einzureichen. Bei unvollständigem Gesuch wird der Konzessionär einmalig aufgefordert, notwendige Integrationen innerhalb einer bestimmten Frist einzureichen. Ansonsten wird das Gesuch archiviert.	Ab zwei Jahre und bis spätestens ein Jahr vor dem Verfallsdatum der bestehenden Konzession kann der scheidende Konzessionär das Interesse an der Erneuerung der Konzession mitteilen. Dabei sind die Unterlagen gemäß Abschnitt 7.2 dieser Leitlinie einzureichen. Bei unvollständigem Gesuch wird der Konzessionär einmalig aufgefordert, notwendige Integrationen innerhalb einer bestimmten Frist einzureichen. Ansonsten wird der Antrag archiviert.
1.1	Nicht vorgesehen.	Der scheidende Konzessionär übermittelt gemäß Artikel 3 des Beschlusses der Landesregierung Nr. 443/2022 dem Amt frühestens zwei Jahre, aber spätestens ein Jahr vor Ablauf der Konzession einen Bericht über den Restwert der einzelnen Anlagenteile.
2	Werden keine Änderungen vorgesehen, holt das Amt ein Gutachten beim Amt für Gewässerschutz und eventuell bei weiteren Ämtern ein. Werden unwesentliche Änderungen vorgesehen und sollten neben dem Amt mindestens 2 weitere Ämter involviert sein,	Besteht kein vorrangiges, öffentliches Interesse für eine anderweitige Nutzung des Gewässers und wurden die Kriterien für die Ausschreibung festgelegt, so leitet das Amt das Verfahren zur Erneuerung der Konzession ein.

	wird das Gesuch zur Überprüfung der Dienststellenkonferenz im Umweltbereich übermittelt.	
2.1	Werden wesentliche Änderungen der Konzession vorgesehen, so wird ein neues Verfahren eröffnet, bei dem der antragstellende Konzessionär Projektträger ist (Verfahren laut Tabelle A).	Nicht vorgesehen.
3	Nicht vorgesehen.	Die Ausschreibung wird im Südtiroler Bürgernetz mit den Daten gemäß Art. 21, Abs. 5 des Gesetzes für 120 Tage veröffentlicht. Reicht der scheidende Konzessionär kein Ansuchen um Erneuerung innerhalb der vorgesehenen Fristen ein, wird die Konzession von Amts wegen ausgeschrieben. Der scheidende Konzessionär darf am Wettbewerb nicht teilnehmen.
4	Nicht vorgesehen.	Nach Ablauf der Veröffentlichungsfrist von 120 Tagen (Punkt 3) gelten die vom Projektträger eingereichten Unterlagen als endgültig und es können keine weiteren Änderungen mehr angenommen werden.
5	Nicht vorgesehen.	Innerhalb von 45 Tagen nach Ablauf der Veröffentlichungsfrist von 120 Tagen überprüft das Amt die Projektunterlagen auf Vollständigkeit.
6	Nicht vorgesehen.	Die zugelassenen Gesuche sowie der Termin des Lokalausweises werden im Südtiroler Bürgernetz für folgenden Zeitraum veröffentlicht: <ul style="list-style-type: none"> - 15 Tage, - 30 Tage auch auf der digitalen Amtstafel der betroffenen Gemeinden, falls die persönliche Mitteilung an die Grundeigentümer wegen der großen Anzahl von Adressaten nicht möglich oder besonders schwierig ist.
7	Nicht vorgesehen.	Ab Veröffentlichung laut Punkt 6 und bis 30 Tage nach dem Lokalausweis können Interessierte in die Gesuche und Projektunterlagen Einsicht nehmen. Innerhalb derselben Frist können Bemerkungen und Stellungnahmen seitens Interessierter eingereicht werden.
7.1	Nicht vorgesehen.	Innerhalb von 30 Tagen nach dem Lokalausweis muss die Grundverfügbarkeit jener Parzellen vorgelegt werden, für welche Ausgleichsmaßnahmen durch den Antragsteller vorgesehen sind, bei sonstiger Archivierung des Gesuches.
8	Nicht vorgesehen.	Nach Ablauf der 30 Tage ab Lokalausweis werden die Unterlagen zur Begutachtung in der Dienststellenkonferenz im Umweltbereich weitergeleitet.

9	Nicht vorgesehen.	Innerhalb von 45 Tagen ab Erhalt des Gutachtens der Dienststellenkonferenz bestimmt die Bewertungskommission das Siegerprojekt.
10	Im Falle von unwesentlichen Änderungen ist der Rechtstitel, mit dem die Verfügbarkeit der Flächen für die Errichtung und den Betrieb von kleinen Ableitungen nachgewiesen wird, innerhalb von 90 Tagen nach Erhalt der Mitteilung der Entscheidung der Dienststellenkonferenz beim Amt vorzulegen.	Innerhalb von 60 Tagen ab Mitteilung der Ernennung des Siegers muss dieser bei Notwendigkeit ein Schlichtungsverfahren für die Verfügbarkeit der Flächen einleiten und abschließen. Innerhalb von 9 Monaten ab Mitteilung der Ernennung des Siegers muss dieser um Enteignung beim Landesamt für Verwaltung und Enteignungen ansuchen und anschließend dem Amt den Abschluss des Schlichtungs- bzw. des Enteignungsverfahrens melden.
10.1	Eventuelle Vereinbarungen gemäß Art. 47 des Kgl. Dekrets (V.T.) Nr. 1775/1933 sind zu aktualisieren, bestätigen oder neu zu erstellen.	Eventuelle Vereinbarungen gemäß Art. 47 des Kgl. Dekrets (V.T.) Nr. 1775/1933 sind zu aktualisieren, bestätigen oder neu zu erstellen.
11	Nicht vorgesehen.	Ausstellung des Auflagenheftes und Unterschrift innerhalb von 60 Tagen.
12	Im Falle von zustimmenden Gutachten wird die Erneuerung der Konzession mit Dekret ausgestellt.	Ausstellung des Konzessionsdekrets.

Tabelle C. Chronologische Abfolge für Ansuchen um Erneuerung der Konzession bei historischen Genossenschaften

	Ansuchen um Erneuerung für Konzessionen kleiner Wasserableitungen D bei historischen Genossenschaften	Ansuchen um Erneuerung für Konzessionen mittlerer Wasserableitungen GD bei historischen Genossenschaften
1	Ab einem Jahr und bis spätestens sechs Monate vor dem Verfallsdatum der bestehenden Konzession kann mit Formblatt A.6 um Erneuerung angesucht werden. Dabei sind die Unterlagen gemäß Abschnitt 7.1 dieser Leitlinie einzureichen. Bei unvollständigem Gesuch wird der Konzessionär einmalig aufgefordert, innerhalb einer definierten Frist die fehlenden Unterlagen nachzureichen. Ansonsten wird das Gesuch archiviert.	Ab einem Jahr und bis spätestens sechs Monate vor dem Verfallsdatum der bestehenden Konzession kann mit Formblatt A.6 um Erneuerung angesucht werden. Dabei sind die Unterlagen gemäß Abschnitt 7.1 dieser Leitlinie einzureichen. Mit dem Gesuch ist auch die Interessensbekundung mit Formblatt A.9 abzugeben. Bei unvollständigem Gesuch wird der Konzessionär einmalig aufgefordert, innerhalb einer definierten Frist die fehlenden Unterlagen nachzureichen. Ansonsten wird das Gesuch archiviert.
2	Werden keine Änderungen vorgesehen, holt das Amt ein Gutachten beim Amt für Gewässerschutz und eventuellen weiteren Ämtern ein. Werden unwesentliche Änderungen vorgesehen und sollten neben dem Amt mindestens 2 weitere Ämter involviert sein, wird das Gesuch zur Überprüfung der Dienststellenkonferenz im Umweltbereich übermittelt.	Werden keine Änderungen vorgesehen, holt das Amt ein Gutachten beim Amt für Gewässerschutz und eventuellen weiteren Ämtern ein. Werden unwesentliche Änderungen vorgesehen und sollten neben dem Amt mindestens 2 weitere Ämter involviert sein, wird das Gesuch zur Überprüfung der Dienststellenkonferenz im Umweltbereich übermittelt.

2.1	Im Falle geringfügiger Änderungen ist der Rechtstitel, mit dem die Verfügbarkeit der Flächen für die Errichtung und den Betrieb von kleinen Ableitungen nachgewiesen wird, innerhalb von 90 Tage nach Erhalt der Mitteilung der Entscheidung der Dienststellenkonferenz beim zuständigen Amt vorzulegen.	Im Falle geringfügiger Änderungen ist der Rechtstitel, mit dem die Verfügbarkeit der Flächen für die Errichtung und den Betrieb von mittleren Ableitungen nachgewiesen wird, innerhalb von 90 Tage nach Erhalt der Mitteilung der Entscheidung der Dienststellenkonferenz beim zuständigen Amt vorzulegen.
2.2	Werden wesentliche Änderungen der Konzession vorgesehen, so wird ein neues Verfahren eröffnet, bei dem der antragstellende Konzessionär Projektträger ist (Verfahren laut Tabelle A).	Werden wesentliche Änderungen der Konzession vorgesehen, so wird ein neues Verfahren eröffnet, bei dem der antragstellende Konzessionär Projektträger ist (Verfahren laut Tabelle A).
2.3	Eventuelle Vereinbarungen gemäß Art. 47 des Kgl. Dekrets (V.T.) Nr. 1775/1933 sind zu aktualisieren, bestätigen oder neu zu erstellen.	Eventuelle Vereinbarungen gemäß Art. 47 des Kgl. Dekrets (V.T.) Nr. 1775/1933 sind zu aktualisieren, bestätigen oder neu zu erstellen.
3	Im Falle von zustimmenden Gutachten wird mit Dekret die Konzession erneuert.	Im Falle von zustimmenden Gutachten wird die Konzession mittels Auflagenheft, das innerhalb von 60 Tagen zu unterzeichnen ist, und folgend ausgestelltem Dekret erneuert.

4. Allgemeines

Gemäß Art. 53 des D.L.H. 6/2008 müssen alle Anlagenteile, mit Ausnahme der Wasserfassung, des Sandfanges und der Wasserrückgabe, außerhalb des Ufers und des Bannstreifens errichtet werden. Im Abs. 2 des Artikels heißt es: *„Die Fließgewässer und die Ufer der Fließgewässer einschließlich ihres Bewuchses sind unter Schutz gestellt, und in diesen Flächen sind nur Tätigkeiten und Maßnahmen erlaubt, die für die hydraulische Sicherheit des Fließgewässers, für die Entnahme und Rückgabe von Wasser und für die Umweltverbesserungen erforderlich sind.“*

Gemäß Absatz 4 des genannten Artikels ist in den 10 m ab Uferoberkante breiten Gewässerschutzstreifen, mit Ausnahme der Bauwerke für Wasserableitungen (Wasserfassung und Wasserrückgabe), die Errichtung von Gebäuden und anderen Strukturen verboten. Nur in begründeten Ausnahmefällen kann, nach Gutachten der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz, davon abgewichen werden.

Gemäß Art. 11, Abs. 4 des Gesetzes gelten für Flächen der öffentlichen Hand oder des unveräußerlichen Vermögens die einschlägigen Rechtsvorschriften. Wenn Anlagenteile auf Flächen des Öffentlichen Gutes des Landes geplant bzw. gebaut werden, bleiben die Flächen im Eigentum des Landes und werden mit keiner Dienstbarkeit belastet. In den Ableitungskonzessionen werden die Vorschriften für die Nutzung dieser Flächen angegeben.

Krafthäuser und weitere Gebäude dürfen nicht auf dem Eigentum des öffentlichen Wassergutes des Landes errichtet werden.

Sollte der Antragsteller auf einzelne Dokumente, graphische Planunterlagen oder einzelne Kapitel des technischen Berichtes, die in gegenständlicher Leitlinie vorgesehen sind, verzichten wollen, so muss dies der für den diesbezüglichen spezifischen Fachbereich befähigte Techniker fachlich begründen.

Beim Einreichen eines neuen Ansuchens darf der Antragsteller nur ein technisches und wirtschaftliches Angebot ohne weitere alternative Vorschläge einreichen. Gemäß Art. 95 Absatz 1, Buchstabe d) des Legislativdekrets vom 31.03.2023, Nr. 36 – Kodex der öffentlichen Ausschreibungen – schließt das Amt einen Antragsteller aus, falls erhebliche Hinweise vorliegen, die darauf hindeuten, dass die Angebote der Wirtschaftsbeteiligten aufgrund von Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsbeteiligten, die an derselben Ausschreibung teilnehmen, einem einzigen Entscheidungsgremium zuzurechnen sind.

5. Erforderliche Dokumente

5.1 Neuantrag auf einem Abschnitt eines oder mehrerer Wasserkörper: vom Projektträger einzureichende Dokumentation

Das Verfahren zur Vergabe von Konzessionen für die Ableitung öffentlicher Gewässer zur hydroelektrischen Nutzung wird durch das Vorlegen eines Projektvorschlages für einen bestimmten Abschnitt eines oder mehrerer Wasserkörper ausgelöst. Der Antragsteller, welcher das erste Gesuch einreicht, wird als Projektträger bezeichnet. Der eingereichte Vorschlag wird, gemäß Art. 3, Abs. 3 und 4 des Gesetzes, auf die Übereinstimmung mit den Vorgaben des Wassernutzungsplanes (Gesamtplan für die Nutzung der öffentlichen Gewässer der Autonomen Provinz Bozen, genehmigt mit D.P.R. vom 22.6.2017), des Gewässerschutzplanes (genehmigt mit BLR Nr. 516/2021) sowie auf die Vollständigkeit der Unterlagen geprüft. Falls das Gesuch den Vorgaben entspricht, werden die vom Antragsteller mittels Formblatt A.1 angegebenen Daten (persönliche Daten und technische Daten zum Projekt) im Südtiroler Bürgernetz für 120 Tage veröffentlicht. Dadurch wird das öffentliche Verfahren zur Vergabe einer neuen Konzession eingeleitet.

5.1.1 Formblatt mit den zu veröffentlichenden persönlichen Daten des Projektträgers und mit den technischen Daten des Projektes

Das Amt veröffentlicht gemäß Art. 3, Abs. 4 des Gesetzes das vom Projektträger eingereichte Gesuch im Südtiroler Bürgernetz. Das entsprechende Formblatt A.1 dieser Leitlinie umfasst folgende Daten:

- persönliche Daten: Angaben zum Projektträger und Datum, an welchem das Gesuch eingereicht wurde;
- technische Daten: die Ableitungs- und Rückgabekoten und -orte, Kodex und Name des abgeleiteten Gewässers, Kodex und Name jenes Gewässers, in das die Rückgabe erfolgt, Höhenunterschied und geplante, abzuleitende maximale Wassermenge.

5.1.2 Zusätzliche Angaben und Dokumente

Zu dem in Unterabschnitt 5.1.1 genannten Formblatt hat der Projektträger noch eine Reihe weiterer Daten und Dokumente zu liefern. Diese werden nicht veröffentlicht und sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Die erwähnten Unterlagen sind notwendig, um eine Bewertung der Qualität und der Zulässigkeit sowie der Vereinbarkeit mit den Vorgaben der verschiedenen strategischen Landesplanungen sowie den Kriterien des Wassernutzungs- und Gewässerschutzplanes vornehmen zu können.

Bei Ansuchen für eine mittlere Ableitung ist vom Projektträger das Angebot für die Ausgleichszahlungen zum Wohle der Allgemeinheit im Sinne von Art. 3, Abs. 1 des Gesetzes einzureichen (siehe Abschnitt 6). Der Projektträger kann, gemäß Art. 4, Abs. 3 des Gesetzes, das Angebot der Ausgleichszahlungen innerhalb der Konkurrenzfrist von 120 Tagen abändern.

Sollte der Antragsteller auf einzelne Dokumente, graphische Planunterlagen oder einzelne Kapitel des technischen Berichtes, die in gegenständlicher Leitlinie vorgesehen sind, verzichten wollen, so muss dies der für den diesbezüglichen spezifischen Fachbereich befähigte Techniker fachlich begründen.

Derselbe Antragsteller darf nur ein technisches und wirtschaftliches Angebot ohne weitere alternative Vorschläge einreichen. Im Sinne des Art. 95 Absatz 1, Buchstabe d des Legislativdekrets vom 31.03.2023, Nr. 36 – Kodex der öffentlichen Ausschreibungen – schließt das Amt einen Antragsteller aus, wenn es feststellt, dass erhebliche Hinweise vorliegen, die darauf hindeuten, dass die Angebote der Wirtschaftsbeteiligten aufgrund von Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsbeteiligten, die an derselben Ausschreibung teilnehmen, einem einzigen Entscheidungsgremium zuzurechnen sind.

Das Projekt muss detailliert und nachvollziehbar sein sowie sich auf fundierte Daten beziehen.

Folgende Projektunterlagen sind in digitaler Form einzureichen:

1. Ausgefülltes Formblatt A.2. und, nur im Falle von Anlagen für mittlere Wasserableitungen, auch Formblatt A.9 (Angebot Ausgleichszahlungen). Im Formblatt A2 müssen auch eventuelle, vom Projekt vorgesehene Ablösen bestehender Wasserkraftwerke angeführt werden.
2. Technischer Bericht mit Beschreibung der technischen Daten und Eigenschaften der Anlage und zugehöriger Anlagen, von denen Bau und Betrieb des Werkes abhängen. Der Bericht muss die in den nachfolgenden Kapiteln vorgesehenen Berechnungen nachvollziehbar und vollständig mit den zu Grunde gelegten Annahmen beinhalten. Die verwendeten Formeln und Rechenwege sind offen zu legen. Ebenfalls sind bei territorialen und naturräumlichen Daten die Datenquellen anzugeben. Der Bericht hat mindestens folgende Kapitel zu beinhalten:
 - *Kapitel 1: Allgemeine Beschreibung des Projektes*
Das Kapitel gibt eine Übersicht über das Kraftwerksvorhaben und beschreibt die Absichten des Gesuchstellers.
 - *Kapitel 2: Bestehende Vinkulierungen und Übereinstimmung mit den Fachplänen*
Beschreibung der Übereinstimmung des Projektes mit den Zielvorgaben in den verschiedenen Landes- und Gemeindeplänen sowie den Vorgaben aus den verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Wassernutzungsplanes und Gewässerschutzplanes. Berücksichtigung eventueller Trinkwasserschutzgebiete, Natur- und Nationalparke.
 - *Kapitel 3: Geologie, Hydrogeologie und Geotechnik*
 - a) Geologischer, geotechnischer und seismischer Bericht gemäß NTC/Norme Tecnica per le Costruzioni (Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, Decreto 14 gennaio 2008, aggiornamento delle NTC, Decreto 17 gennaio 2018). Im Bericht muss auch auf die Feststofftransportdynamik des Bachlaufes eingegangen werden, samt Angaben zu Tendenzen für Seiten- und Tiefenerosion;
 - b) Prüfung der hydrogeologischen Gefahr und hydrogeologischen Kompatibilität (Gefahren- und Kompatibilitätsprüfung) gemäß DLH vom 10. Oktober 2019, Nr. 23;
 - c) Hydrogeologisches Gutachten, falls im entsprechenden Schutzplan des Trinkwasserschutzgebietes vorgesehen.
 - *Kapitel 4: Hydrologische Daten*
Bestimmung und Beschreibung der Einzugsgebiete (Größe in km²) der abzuleitenden Gewässer bei den vorgesehenen Wasserfassungen; Darstellung der Abflussdaten mit Monatsmittelwerten und Abflussdauerlinie unter Angabe der verwendeten Datenquellen bzw. Dokumentation der Messungen. Angabe der Ufergemeinden und der betroffenen Uferlängen.
Berechnung des langjährigen, mittleren Niedrigwasserabflusses an der Fassungsstelle (MJNQ – Mittelwert des Monats mit der geringsten Wasserführung) auf Grundlage regelmäßiger Messungen durch eine technisch geschulte Person.
 - *Kapitel 5: Ableitbare Wassermengen und vorgeschlagene Restwassermengen*
Angabe der vorgesehenen Ableitungsmonatsmittelwerte, Festlegung der maximal ableitbaren Wassermenge (Q_{max}) unter Berücksichtigung von Wasserrechten Dritter und der vorgesehenen Restwassermengen.
 - *Kapitel 6: Vorgesehene Bauwerke und Infrastrukturen*
Beschreibung der Wasserfassungen und Entsander, der Triebwasseranlagen, des Krafthauses und der entsprechenden Standorte sowie der elektromechanischen Ausrüstung; Beschreibung des ab 100 l/s mittlere Ableitungsmenge erforderlichen Mechanismus, der bei plötzlichen Netzausfällen das Wasser bei der Rückgabekote ins Gewässer umlenkt, um Wasserführungsschwankungen zu vermeiden. Beschreibung von Anbindungen (Übergabepunkt / Übernahmepunkt) zu bestehenden Ableitungsanlagen.
Kote des Oberwasserspiegels und des Unterwasserspiegels bei stillstehendem Werk, Beschreibung des vorgesehenen elektrischen Anschlusspunktes, der benötigten Leitungen (Länge, Spannung, Leitungsquerschnitt) und ihrer Verlegung.
 - *Kapitel 7: Vorgesehene Sicherheitseinrichtungen*

Beschreibung der vorgesehenen Sicherheitsvorrichtungen.

➤ *Kapitel 8: Wirtschaftlichkeit des geplanten Projektes*

Nachweis der Wirtschaftlichkeit des geplanten Projektes mit überschlägiger Kostenschätzung der verschiedenen Anlagenteile (für die Errichtung des Kraftwerkes inklusive technischer Spesen, Netzanschlussgebühren, Entschädigungsbeträge für Grundstückbesetzung bzw. -abkauf, Ablöse bestehender Wasserkraftwerke, Spesen für Milderungs- und Ausgleichsmaßnahmen). Bei Anlagen für mittlere Wasserableitungen bedarf es zudem der Angabe der voraussichtlichen Betriebskosten sowie Berechnung des Verhältnisses Investitionen / Jahresproduktion.

3. Ökologische Analyse

Die ökologische Analyse muss nachweisen, dass das geplante Kraftwerk mit den Vorgaben des Wassernutzungsplanes und des Gewässerschutzplanes vereinbar ist. Sie beschreibt die Auswirkungen des geplanten Projektes auf die Umwelt im Allgemeinen und auf den Qualitätszustand des Gewässers im Speziellen. Die ökologische Analyse und der technische Bericht müssen kohärent zueinander sein und dürfen sich in den wesentlichen Punkten (Restwassermenge, Milderungs- und Ausgleichsmaßnahmen) nicht unterscheiden. Andernfalls wird das Projekt archiviert.

Laut gesetzlichen Bestimmungen (Wassernutzungsplan, Teil III Art. 38) ist für neue Ableitungen ab einer mittleren Ableitungsmenge von 100 l/s eine limnologische Studie bzw. ökologische Analyse vorgeschrieben. Bei Wasserläufen mit hohem naturalistischem Wert oder mit besonders empfindlichem, ökologischem Zustand, kann sie auch für Ableitungen von geringeren mittleren Ableitungsmengen vorgeschrieben werden. Referenzgewässer gelten per Definition als Gewässer mit hohem naturalistischem Wert.

Gewässer mit einem Einzugsgebiet kleiner 10 km² sind als Wasserläufe mit besonders hohem naturalistischem Wert bzw. mit besonders empfindlichem, ökologischem Zustand (sehr guter Zustand) anzusehen.

Nur in gewässerökologisch begründeten Ausnahmefällen und für kleine Wasserableitungen für die Produktion elektrischer Energie, welche ausschließlich dem Eigenverbrauch von Alm- und Schutzhütten dienen und die nur zeitbegrenzt eine Ableitung vorsehen, kann eine vereinfachte ökologische Analyse vorgelegt werden. Eine solche vereinfachte Analyse beinhaltet eine Beschreibung der Auswirkungen des geplanten Projektes und des hydromorphologischen Zustandes des Gewässers.

➤ *Gewässerökologischer Teil*

Beschreibung des ökologischen und chemischen Zustandes des betroffenen Gewässerabschnittes aufgrund geltender Methodik sowie der Auswirkungen des geplanten Projektes auf den Qualitätszustand des Gewässers und Ermittlung auf diesen Grundlagen der für den Erhalt des qualitativen Gewässerzustandes erforderlichen Restwassermenge.

Im Detail:

- hydrologische Eigenschaften des Wassereinzugsgebietes (natürliches Abflussregime) mit Berechnung des IARI Index, ante- und post operam,
- aufbauend auf den Inhalten des Kapitel 3, „Geologie“, werden die morphologischen Eigenschaften des Flussbettes (Breite, Neigung, Korngrößenverteilung), Eigenheiten des Materialtransportes, mögliche Sickerstrecken mit Verringerung des Abflusses analysiert. Zudem wird der IQM-Index ante- und post operam berechnet,
- ökologischer Qualitätszustand des Gewässers mit Analyse der biologischen Parameter (Kieselalgen, Makrozoobenthos) und Fische (falls Fischgewässer quali- und quantitativer Zustand) und der unterstützenden chemisch-physikalischen Parameter (LIMeco),
- weitere chemische Parameter, spezifische Schadstoffe und prioritären Stoffe müssen im Falle einer bestehenden Belastung gemäß Gewässerschutzplan in Absprache mit den zuständigen Ämtern erhoben werden,

- naturalistische Qualität der vorhandenen Lebensräume und Lebensgemeinschaften im Gewässer und Uferbereich,
 - Vorschläge für die Restwasserdotation, mittlere und maximale Ableitungsmenge mit entsprechender Überwasserphase bzw. Dynamisierung,
 - Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die biotischen und abiotischen Komponenten des Gewässerökosystems, ausgehend von den Untersuchungen des Ist-Zustandes (z.B. Schwall/Sunk, Geschiebe, eventuell bestehende Abwasserleitungen),
 - für Gewässer, die gemäß Gewässerschutzplan mit Kriterium „i“ als potenziell sensible Wasserkörper eingestuft sind, ist darzulegen, dass es im Sinne der Vorgaben des Gewässerschutzplans zu einer Rationalisierung der bestehenden Nutzungen kommt und damit eine positive Ökobilanz erreicht wird,
 - für Gewässer mit sehr gutem ökologischem Zustand bzw. sehr gutem ökologischen Ziel ist darzulegen, dass der sehr gute ökologische Zustand beibehalten werden kann, bzw. das Erreichen des erforderlichen Umweltziels weiterhin möglich ist,
 - Beschreibung des Geschiebemanagements an der Fassung und Betriebsweise der Entsandungsanlagen (gemäß Art. 48 des D.L.H. Nr. 6/2008),
 - Beschreibung des Monitoringprogramms für die ersten fünf Betriebsjahre der Anlage, um die gewässerökologischen Aussagen und Prognosen zu überprüfen. Die Ergebnisse der Folgeuntersuchungen können die Auflagen zum Kraftwerksbetrieb entscheidend beeinflussen bzw. ändern, sollte das festgelegte Umweltziel nicht erreicht werden.
- *Standortökologischer Teil:*
- Beschreibung der Auswirkungen:
Es sind die landschaftlichen und standortökologischen Wirkungen der notwendigen Bauwerke mit genauen Angaben zum Flächen- und Lebensraumverbrauch bzw. der resultierenden ökologischen Auswirkungen anzuführen.

Die ökologische Analyse beinhaltet auf Grundlage der gewässer- und standortökologischen Bewertung Milderungs- und Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des Art. 27 des Wassernutzungsplans mit Angaben zu deren Umsetzbarkeit (Übersichtskarte, juristisch verbindlicher Nachweis der Flächenverfügbarkeit), des zeitlichen Programms der Umsetzung und deren Kostenschätzung. Als Milderungsmaßnahmen werden jene Maßnahmen angesehen, welche bereits gesetzlich zur Milderung des Projekteingriffes vorgeschrieben sind (z.B. Restwasserdotation, Aufrechterhaltung der Durchgängigkeit der vorhandenen Lebensgemeinschaften und des Geschiebetransports). Durch Ausgleichsmaßnahmen müssen nicht vermeidbare ökologische Defizite angemessen ausgeglichen werden. Diese Ausgleichsmaßnahmen müssen ökonomisch quantifiziert werden.

- *Beizulegende Dokumente:*
- ◆ Anlage 1: Bestehende Wasserkonzessionen innerhalb der betroffenen Ausleitungsstrecke;
 - ◆ Anlage 2: Verzeichnis der betroffenen Parzellen und der jeweiligen Eigentümer, Angabe der darauf vorgesehenen Anlagenteile;
 - ◆ Anlage 3: Fragebogen zur Durchführung des Sammelgenehmigungsverfahrens (siehe Internetseiten der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz).
 - ◆ Anlage 4: Umweltvorstudie für Projekte, die der Umweltverträglichkeitsprüfung mit staatlicher Zuständigkeit unterliegen (Art. 19 Absatz 9 sowie Anhang IV- zum 2. Teil des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 3. April 2006 Nr. 152, i.g.F.)
 - ◆ Anlage 5: Fließgewässerstrecken, die von nicht-dissipativen Ableitungen genutzt werden

4. Erforderliche kartographische Planunterlagen:

Tabelle D. Erforderliche kartographische Planunterlagen (Ersteinreicher)

Bezeichnung Inhalt	Maßstabsbereich	Bemerkung
Übersichtsplan mit den hydrographischen Einzugsgebieten zu den vorgesehenen Wasserfassungen; Darstellung der Position von Wasserfassungen, Triebwasserwegen, Krafthaus und Rückgabe	1:5.000 – 1:25.000	inkl. Darstellung Vinkulierungen (Landschaftspläne, Bauleitplan, Naturparkgrenzen, usw.) mittels Grundkarte oder Orthofotokarte (1:5.000 – 10.000)
Übersichtslageplan mit Position von Wasserfassungen, Sandfang, Triebwasserwegen, Krafthaus und Rückgabe	1:1.000 – 1:2.500	Inkl. Darstellung der Wasserkonzessionen Dritter

Bei unvollständigen Unterlagen wird der Projektträger einmalig aufgefordert, fehlende Integrationen nachzureichen, mit sonstiger Archivierung des Gesuches.

5.2 Konkurrenzprojekte und Vervollständigung des Gesuchs des Projektträgers

5.2.1 Einreichen von Konkurrenzgesuchen

Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung haben Interessenten gemäß Art. 4, Abs. 1 des Gesetzes eine Frist von 120 Tagen, um ein Konkurrenzgesuch einzureichen. Die Konkurrenzgesuche sind vollständig gemäß Abschnitt 5.2.2 einzureichen. Der Projektträger hat hingegen die Möglichkeit, sein Gesuch während der Konkurrenzfrist zu vervollständigen oder ein neues Projekt als Konkurrent einzureichen.

Sollte der Antragsteller auf einzelne Dokumente, graphische Planunterlagen oder einzelne Kapitel des technischen Berichtes, die in gegenständlicher Leitlinie vorgesehen sind, verzichten wollen, so muss dies der für den diesbezüglichen spezifischen Fachbereich befähigte Techniker fachlich begründen.

Das Projekt muss nachvollziehbar sein und sich auf fundierte Daten beziehen.

5.2.2 Erforderliche Dokumente

Die Projektunterlagen sind in digitaler Form einzureichen und beinhalten:

1. Ausgefülltes Formblatt A.3 mit den allgemeinen Daten des Antragstellers und den konzessionsrelevanten Angaben zum Projekt und, nur im Falle von Anlagen für mittlere Wasserableitungen, auch Formblatt A.9 (Angebot Ausgleichszahlungen). Im Formblatt A.3 müssen auch die eventuellen vom Projekt vorgesehenen Ablösen bestehender Wasserkraftwerke angeführt werden.
2. Technischer Bericht mit Beschreibung der technischen Daten und Eigenschaften des Werkes und zugehöriger Anlagen, von denen Bau und Betrieb des Werkes abhängen. Der Bericht muss die in den nachfolgenden Kapiteln vorgesehenen Berechnungen nachvollziehbar und vollständig mit den zu Grunde gelegten Annahmen beinhalten. Die verwendeten Formeln und Rechenwege sind offen zu legen. Ebenfalls sind bei territorialen und naturräumlichen Daten die Datenquellen anzugeben. Der Bericht hat mindestens folgende Kapitel zu beinhalten:
 - *Kapitel 1: Allgemeine Beschreibung des Projektes*
Das Kapitel gibt eine Übersicht über das Kraftwerksvorhaben und beschreibt die Absichten des Gesuchstellers;
 - *Kapitel 2: Bestehende Vinkulierungen und Übereinstimmung mit den Fachplänen*
Beschreibung der Übereinstimmung des Projektes mit den Zielvorgaben in den verschiedenen Landes- und Gemeindeplänen sowie den Vorgaben aus den verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Wassernutzungsplanes und Gewässerschutzplanes. Berücksichtigung eventueller Trinkwasserschutzgebiete, Natur- und Nationalparke.
Ist die Errichtung eines Speichers vorgesehen, so sind folgende amtliche Zuständigkeiten und gesetzliche Grundlagen zu beachten:

- a. Staat bei großen Speicherbecken: Höhe Staumauer >15 m oder Speichervolumen > 1.000.000 m³ (DPR 1. November 1959, Nr. 1363);
- b. Land bei kleinen Staubecken: Höhe Staumauer <15 m und Speichervolumen 5.000 m³ - 1.000.000 m³ (LG 14 Dezember 1990, Nr. 21);
- c. Gemeinden bei kleinen Staubecken < 5.000 m³.

Weitere gesetzliche Grundlagen:

- d. Höhe Staumauer > 10 m oder Speichervolumen > 100.000 m³: es gilt das MD 26.06.2014 sowohl für große als auch kleine Speicherbecken
- e. Für kleine Speicherbecken kann das Landesamt für Hydrologie und Stauanlagen gemäß Landesgesetz vom 14. Dezember 1990, Nr. 21, einbezogen werden.

➤ *Kapitel 3: Geologie, Geotechnik und Hydrogeologie*

- a) Geologischer, geotechnischer und seismischer Bericht gemäß NTC/Norme Tecniche per le Costruzioni (Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, Decreto 14 gennaio 2008, aggiornamento delle NTC, Decreto 17 gennaio 2018). Im Bericht muss auch auf die Feststofftransportdynamik des Bachlaufes eingegangen werden, samt Angaben zu Tendenzen für Seiten- und Tiefenerosion.
- b) Prüfung der hydrogeologischen Gefahr und hydrogeologischen Kompatibilität (Gefahren- und Kompatibilitätsprüfung) gemäß DLH vom 10. Oktober 2019, Nr. 23,
- c) Hydrogeologisches Gutachten, falls im entsprechenden Schutzplan des Trinkwasserschutzgebietes vorgesehen.

➤ *Kapitel 4: Hydrologische Daten*

Bestimmung und Beschreibung der Einzugsgebiete (Größe in km²) der abzuleitenden Gewässer bei den vorgesehenen Wasserfassungen; Darstellung der Abflussdaten mit Monatsmittelwerten und Abflussdauerlinie unter Angabe der verwendeten Datenquellen bzw. Dokumentation der getätigten Messungen. Angabe der Ufergemeinden und der betroffenen Uferlängen.

Berechnung des langjährigen, mittleren Niedrigwasserabflusses an der Fassungsstelle (MJNQ – Mittelwert des Monats mit der geringsten Wasserführung) auf Grundlage regelmäßiger Messungen durch eine technisch geschulte Person.

➤ *Kapitel 5: Ableitbare Wassermengen und vorgeschlagene Restwassermengen*

Angabe der vorgesehenen Ableitungsmonatsmittelwerte, Festlegung der maximal ableitbaren Wassermenge (Q_{max}) unter Berücksichtigung von Wasserrechten Dritter und der vorgesehenen Restwassermengen.

➤ *Kapitel 6: Vorgesehene Wasserfassungen und Entsander*

Nachvollziehbare hydraulische Dimensionierung von Wasserfassung und Entsander, Kote des Oberwasserspiegels bei stillstehendem Werk, Dimensionierung der Vorrichtungen zur Abgabe des Restwassers und der Vorrichtung zur Begrenzung der maximal ableitbaren Wassermenge, Beschreibung der vorgesehenen Spülvorgänge des Entsanders sowie der Schließ- und Regelorgane (Schütze, Schieber usw.), vorgesehene Sicherheitsvorrichtungen.

Das Fassungsbauwerk Typ Coanda oder Tiroler Wehr, welches aufgrund seiner Funktionsweise einem Sperrern-ähnlichen Bauwerk vom Typ Konsolidierungssperre gleicht, darf die Längsneigung und Sektion des Gewässers nicht gravierend verändern und muss sich der gegebenen Gewässermorphologie anpassen.

➤ *Kapitel 7: Triebwasserweg*

Beschreibung der Trasse, detaillierte Analyse der potenziell kritischen Passagen (Bachunterquerungen, Risikogebiete, Siedlungs- und Straßenquerungen), Beschreibung und geologische Charakterisierung des Baugrundes, vorgesehene Material für Leitungen, Bemessung des Wasserschlosses (falls vorgesehen), Druckstoßberechnung, Bemessung der Leitungsdurchmesser unter Angabe der angewandten Rauheitsbeiwerte und des Energieliniengefälles bei Ausbaudurchfluss, Sicherheitsvorrichtungen (z.B. Schließorgan,

welches im Falle eines Rohrbruches den Wasserdurchfluss automatisch unterbricht, Differentialmesssystem, usw.).

Beschreibung des ab 100 l/s mittlere Ableitungsmenge vorgeschriebenen, erforderlichen Mechanismus', der bei plötzlichen Netzausfällen das Wasser bei der Rückgabekote ins Gewässer umlenkt, um Wasserführungsschwankungen zu vermeiden.

Beschreibung von Anbindungen (Übergabepunkt/Übernahmepunkt) zu anderen bestehenden Wassernutzungsanlagen.

➤ *Kapitel 8: Krafthaus*

Geologische/geotechnische Baugrundeigenschaften, Beschreibung des Gebäudes und des architektonischen Konzeptes, vorgesehene Einrichtungen (z.B. Kran usw.), Abstände zu Gebäuden in der Nachbarschaft, Angaben zum Lärmschutz, Beschreibung einer allfällig notwendigen Erschließung des Krafthauses mit Beschreibung der notwendigen Kunstbauten, Rückgabebauwerk.

➤ *Kapitel 9: Elektromechanische Ausrüstung, Gesamtwirkungsgrad bei Ausbauwassermenge.*

Nachvollziehbare Berechnungen und Beschreibung für die Auswahl der Turbine sowie Angabe der angenommenen Wirkungsgrade der Turbinen, Generatoren, Transformatoren und Leitungen (prozentueller Druckverlust) sowie Beschreibung der Eigenbedarfsanlage.

$$\eta_{\text{tot}} = \text{Gesamtwirkungsgrad} = \eta_{\text{Turb}} * \eta_{\text{Gen}} * \eta_{\text{Transf}} * \eta_{\text{Leitung}}$$

➤ *Kapitel 10: Steuerung des Werkes sowie Risikoanalyse (laut BLR Nr. 221/2019), Sicherheitsvorrichtungen und Sicherheitsvorkehrungen (Prozeduren)*

Ausführung einer Risikoanalyse für die geplante Anlage mit Beschreibung der von der Anlage ausgehenden Gefahren, der dem resultierenden Gefährdungspotenzial ausgesetzten Menschenleben und Sachgüter sowie die Bewertung des daraus resultierenden Risikos und Ableitung von entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen. Beschreibung der vorgesehenen Steuerung und Regelung der Anlage (Mess-, Kontroll-, Schutz- und Regelungseinrichtungen), Beschreibung der Sicherheitseinrichtungen für den Betrieb elektrischer Anlagen, Not-Aus-Schalter, welche von der Maschinenrichtlinie vorgesehen sind, Sicherheitseinrichtungen für die Überschwemmung des Krafthauses usw.

➤ *Kapitel 11: Mittelspannungsschaltanlage*

Technische Beschreibung und Angabe der relevanten Daten.

➤ *Kapitel 12: Netzanschluss*

Beschreibung des vorgesehenen Anschlusspunktes, der benötigten Leitungen (Länge, Spannung, Leitungsquerschnitt) und ihrer Verlegung.

➤ *Kapitel 13: Hochwasser-Risikobewertungen und naturräumliches Gefahrenpotenzial*

In diesem Kapitel ist auf den Aspekt der Hochwassersicherheit einzugehen:

Bei der Berechnung der Hochwasserabflüsse ist bei Flüssen und Bächen mit Geschiebeführung diese mit zu berücksichtigen.

Fassungen außerhalb von Siedlungsgebieten: Die Anlage muss ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) mit einem Freibord von 1 m schadlos abführen können. Bei Sanierungen am Bestand außerhalb von Siedlungsgebieten kann im Ausnahmefall ein geringerer Abflussquerschnitt akzeptiert werden, sofern keine nennenswerten Schäden bei den Unterliegern zu erwarten sind.

Fassungen in Siedlungsgebieten: Es ist nachzuweisen, dass die Anlage ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) mit einem Freibord von 1 m und ein 300-jährliches Hochwasser (HQ300) schadlos abführen kann.

Fassungen mit beweglicher Wehrsohle (Klappe, Schlauchwehr usw.): Die Anlage muss bei maximal hochgestellter Wehr ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) mit einem Freibord von 1 m schadlos abführen können. Zusätzlich muss bei abgesenkter Wehr ein 300-jährliches Hochwasser (HQ300) schadlos abgeführt werden können.

Es sind eine Analyse und Bewertung möglicher Konflikte der geplanten Infrastrukturen mit Naturgefahrenereignissen vorzunehmen und die Auswirkung auf Dritte im Ereignisfall zu beurteilen. Dies kann bei Vorliegen von bereits genehmigten Gefahrenzonenplänen durch

Zuhilfenahme dieser erfolgen oder mittels Gutachten durch einen Fachexperten. Allenfalls sind vorzusehende Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit darzustellen.

➤ *Kapitel 14: Bauphase*

Angaben zur umweltverträglichen Gestaltung der Bauphase und Abwicklung der Baustelle.

➤ *Kapitel 15: Vorgesehene Wartungen während der Betriebsphase*

Beschreibung der vorgesehenen Wartungsarbeiten bei Fassungen, Leitungen, Sicherheitsvorrichtungen und elektromechanischer Ausrüstung, Angaben zur Dauer der hierfür allenfalls notwendigen Betriebsstilllegung.

➤ *Kapitel 16: Wirtschaftlichkeit des geplanten Projektes*

Nachweis der Wirtschaftlichkeit des geplanten Projektes mit überschlägiger Kostenschätzung der verschiedenen Anlagenteile (für die Errichtung der Anlage inklusiv technischer Spesen, Netzanschlussgebühren, Entschädigungsbeträge für Grundstückbesetzung bzw. -abkauf, Ablöse bestehender Wasserkraftwerke, Spesen für Ausgleichsmaßnahmen). Bei Anlagen für mittlere Wasserableitungen bedarf es zudem der Angabe der voraussichtlichen Betriebskosten sowie Berechnung des Verhältnisses Investitionen / Jahresproduktion.

➤ *Kapitel 17: Energiebedarf im Falle von Anlagen zur Deckung des Eigenbedarfs*

a) Gemäß LG 2/2015 Art. 23/bis, erster Teil: *„Im Verfahren zur Erteilung von Konzessionen für kleine Wasserableitungen für die Produktion elektrischer Energie, welche ausschließlich dem Eigenverbrauch von Alm- und Schutzhütten dienen, in deren Fall kein wirtschaftlicher und günstiger Anschluss an das Stromnetz möglich ist, werden die Artikel 4 und 9 nicht angewandt.“*

Es ist eine Liste der notwendigen elektrischen Geräte zu erstellen. Im Falle von Wasserkraftwerken für die Eigenversorgung von Schutzhütten, Almen, Bergbauernhöfen und Wohnstrukturen laut Artikel 16, Abs. 2, Buchst. a) des Wassernutzungsplanes ist auch ein Kostenvoranschlag seitens des örtlichen Stromverteilers für die Errichtung eines elektrischen Anschlusses beizulegen, mit Angabe der Anschlussmöglichkeiten an das öffentliche Stromnetz.

Der maximale Bedarf, wird mit dem Gleichzeitigkeitsfaktor gemäß folgender Aufschlüsselung multipliziert:

Gleichzeitigkeitsfaktor 0,6 bei Maximalbedarf von < 20 kW

Gleichzeitigkeitsfaktor 0,5 bei Maximalbedarf von ≥ 20 kW und < 50 kW

Gleichzeitigkeitsfaktor 0,4 bei Maximalbedarf von ≥ 50 kW

b) Gemäß LG 2/2015 Art. 23/bis, zweiter Teil: *„Die Artikel 4 und 9 werden ebenfalls nicht angewandt auf den Erlass von Konzessionen für kleine Wasserableitungen zur Produktion elektrischer Energie bis maximal 50 kW für den Eigenbedarf für Bergbauernhöfe mit mehr als 40 Erschwernispunkten und selbstbearbeitete Almen, auch wenn an das öffentliche Stromnetz angeschlossen, wobei die den Eigenbedarf übersteigende Produktion ins Netz eingespeist werden kann. Die mittlere jährliche Nennleistung wird auf der Grundlage der nachgewiesenen Kosten für die elektrische Energie in der landwirtschaftlichen Nutzung inklusive des Wohnbedarfs des Betriebsinhabers der zwei Vorjahre festgelegt, zuzüglich der für die folgenden zwei Jahre ausschließlich im landwirtschaftlichen Betrieb vorgesehenen Investitionen mit Auswirkungen auf den Verbrauch von elektrischer Energie im Ausmaß von maximal 10 Prozent der nachgewiesenen Kosten für elektrische Energie der zwei Vorjahre.“*

LAFIS-Bogen für den Nachweis der Erschwernispunkte.

Für diese Anträge sind ausnahmsweise lediglich der technische Bericht mit den technischen Daten und den Eigenschaften der Anlage sowie eine gewässerökologische Beschreibung des betroffenen Gewässers erforderlich.

Die Regelung gemäß obigem Punkt b) gilt auch für Ansuchen um hydroelektrische Versorgung von Bergbauernhöfen in Extremlängen gemäß Art. 16, Abs. 2, Buchst. a), letzter Absatz, des Wassernutzungsplanes.

3. Ökologische Analyse – siehe Unterabschnitt 5.1.2, Punkt 3.

Im Falle von Anlagen zur Deckung des Eigenbedarfs, gemäß obigem Kapitel 17, kann eine vereinfachte ökologische Analyse eingereicht werden.

Beizulegende Dokumente:

- ◆ Anlage 1: Bestehende Wasserkonzessionen innerhalb der betroffenen Ausleitungsstrecke,
- ◆ Anlage 2: Verzeichnis der betroffenen Parzellen und der jeweiligen Eigentümer, Angabe der darauf vorgesehenen Anlagenteile,
- ◆ Anlage 3: Fragebogen zur Durchführung des Sammelgenehmigungsverfahrens (siehe Internetseiten der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz),
- ◆ Anlage 4: Umweltvorstudie für Projekte, die der Umweltverträglichkeitsprüfung mit staatlicher Zuständigkeit unterliegen (Art. 19 Absatz 9 sowie Anhang IV zum 2. Teil des gesetzesvertretenden Dekrets vom 3. April 2006 Nr. 152, i.g.F.),
- ◆ Anlage 5: Fließgewässerstrecken, die von nicht-dissipativen Ableitungen genutzt werden.

4. Erforderliche kartographische Planunterlagen

Tabelle E. Übersicht über die beizulegenden Planunterlagen für das offizielle Einreichprojekt (Mindestanforderungen)

Bezeichnung – Inhalt	Maßstab (indikativ)	Bemerkung
Übersichtsplan mit Einzugsgebiet bei Wasserfassung mit Angabe der Position von Wasserfassung, Entsander, Triebwasserweg, Wasserschloss, Krafthaus, Rückgabe. Kennzeichnung aller Querungen (Bach, Straße, Eisenbahn, usw.)	1:5.000 – 1:25.000	inkl. Darstellung Vinkulierungen (Landschaftspläne, Bauleitplan, Naturparkgrenzen, usw.), Grundkarte oder Orthofoto oder beides
Lageplan für Wasserfassung, Entsander, Triebwasserweg, Wasserschloss, Krafthaus, Rückgabe.	1:1.000 – 1:2.500	Inkl. Darstellung der Wasserkonzessionen Dritter
Lageplan der geologischen und geotechnischen Erkundungen.	1:500 – 1:5.000	inkl. Darstellung Projekt / Baumaßnahmen
Geologische / geomorphologische / hydrogeologische Karte	1:500 – 1:10.000	inkl. Darstellung Projekt / Baumaßnahmen
Geologische und geotechnische wichtige Schnitte	1:200 – 1:1.000	inkl. Darstellung Projekt / Baumaßnahmen
Katastermappenplan mit Einzeichnung der Anlagenteile	1:1.000 – 1:2.500	
Detaillageplan Wasserfassung und Entsander	1:200 – 1:1.000	inkl. Darstellung neu zu errichtender, permanenter Zufahrten. Darstellung von Anbindungen zu bestehenden Ableitungsanlagen (Übergabepunkt/Übernahmepunkt)
Grundriss der Wasserfassung und des Entsanders, Details	1:50 - 1:200	Detailzeichnung Restwasserabgabevorrichtungen, Darstellung von Anbindungen zu bestehenden Ableitungsanlagen (Übergabepunkt/Übernahmepunkt)
Schnitte Wasserfassung und Entsander, Details	1:50 - 1:200	Querschnitt durch Wasserfassung mit notwendigen Anpassungsarbeiten am Fließgewässer; Längsschnitt der Wasserfassung und des Entsanders mit Angabe

		des Wasserspiegels (bei abgeleiteter Q_{\min} und Q_{\max}); Oberwasserspiegelkote bei stillstehendem Werk inkl. Darstellung Hochwasseranschlaglinien, Detailzeichnung Restwasserabgabevorrichtungen, Darstellung von Anbindungen zu bestehenden Ableitungsanlagen (Übergabepunkt/Übernahmepunkt)
Detaillierter Lageplan, Grundriss und Schnitte der Fischwanderhilfen (falls vorgesehen)	1:50 – 1:200	Die Fischwanderhilfe ist bei Notwendigkeit vorzusehen und auf der Grundlage fischökologischer Anforderungen zu planen;
Darstellung der Einbindung ins Gelände von Wasserfassung / Entsander (auch gemeinsam mit anderen Plänen)	1:100	Ansichten und Schnitte
Lageplan Triebwasserweg	1:1.000 – 1:2.500	Darstellung auf Katastermappe, Kennzeichnung Bannstreifen der Fließgewässer, Darstellung von Anbindungen zu bestehenden Ableitungsanlagen (Übergabepunkt/Übernahmepunkt)
Längenschnitt Triebwasserweg	1:1.000 – 1:5.000	Darstellung p_{stat} , p_{dyn} (bei Q_{\max}) und $p_{\text{Druckstoß}}$
Regelquerschnitte Triebwasserweg	1:20 – 1:50	
Grundriss und Schnitte zum Bypass der Turbine bei Ableitungen >100 l/s (falls erforderlich)	1:50 – 1:200	Für die Beileitung des Triebwassers infolge plötzlicher Netzausfälle
Detaillageplan Krafthaus inkl. Übergabekabine (falls am Standort Krafthaus errichtet, ansonsten eigene Pläne für die Übergabekabine)	1:200 – 1:1.000	inkl. Darstellung neu zu errichtender, permanenter Zufahrten
Grundriss Krafthaus	1:100 - 1:500	Grundriss von ev. zugehörigen Straßen, Kunstbauten, Rückgabebauwerk;
Schnitte Krafthaus	1:100 - 1:500	Schnitte von ev. zugehörigen Straßen, Kunstbauten, Rückgabebauwerk; Darstellung der Unterwasserspiegelkote bei stillstehendem Werk
Ansichten Krafthaus	1:100	Aspekte Landschaftsschutz
Detailzeichnungen Bachquerungen, Straßenquerungen, usw.	1:100	
Übersichtsschaltplan		Einsträngiger Schaltplan

5.3 Ansuchen um Konzessionen für die hydroelektrische Produktion in Trinkwasserleitungen < 220 kW laut Artikel 23-ter des Gesetzes

Für Ansuchen zur Produktion elektrischer Energie mittels Kraftwerks auf Trinkwasserleitungen wird das im Folgenden definierte, vereinfachte Verfahren mit einer Höchstdauer von 180 Tagen angewandt. Die in Artikel 4 (konkurrierende Gesuche) und Artikel 9 (Bewertung) definierten Verfahrensschritte werden dabei übersprungen.

Gemäß Art. 14 Absatz 7 des Wassernutzungsplans und des Art. 38 Absatz 12 Buchstabe i) des Gewässerschutzplans kann das hydroelektrische Potential von Trinkwasserleitungen genutzt werden, wenn günstige technisch-ökonomische Bedingungen gegeben sind. Dabei darf die für die Trinkwassernutzung konzessionierte Wassermenge jedoch nicht überschritten werden. Die

konzessionierte Wassermenge muss den in Art. 14 Abs. 1 des Wassernutzungsplans festgelegten Einheitswerten des Bedarfs entsprechen (Bedarfserhebung). Außerdem muss das Speichersystem für das gefasste Trinkwasser so gestaltet sein, dass das Überwasser direkt an der Quelle zurückgegeben wird.

Das Konzessionsgesuch wird mit den nachfolgend beschriebenen, vereinfachten Unterlagen und ausgefülltem Formblatt A.4 eingereicht. Bei Unvollständigkeit wird der Gesuchsteller einmalig aufgefordert, fehlende Unterlagen innerhalb einer definierten Frist einzureichen. Ansonsten wird das Gesuch archiviert.

Falls bei einer neuen Nutzung vorgesehen ist, Fassungs- oder Ableitungsbauwerke oder einen Teil des Wassers einer bereits bestehenden Nutzung zu verwenden, so müssen, gemäß Art. 47 des Kgl. Dekrets (V.T.) Nr. 1775/1933, die Vorkehrungen für das Nebeneinanderbestehen der Nutzungen sowie die Entschädigung, die der neue Nutzer den bestehenden Nutzern entrichten muss, festgelegt werden.

Das Projekt muss nachvollziehbar sein und sich auf fundierte Daten beziehen.

Einzureichende Dokumente:

1. Ausgefülltes Formblatt A.4;
2. Technischer Bericht mit folgenden Kapiteln:
 - *Kapitel 1: Allgemeine Beschreibung des Projektes*
Konzessionsdaten der bestehenden Trinkwasserkonzession. Aktueller Bedarfsnachweis der Trinkwasserkonzession laut Artikel 14 Absatz 1 des Wassernutzungsplans.
 - *Kapitel 2: Technische Beschreibung von Quellen, Quellstube und der Druckrohrleitung*
Technische Beschreibung, Lageplan, Grundrisse und Schnitte von Fassung, Quellstube und Druckleitung, mit der Kote des Oberwasserspiegels bei stillstehendem Werk. Darstellung der statischen, dynamischen und druckstoßdarstellenden Drucklinien entlang der Druckleitung.
 - *Kapitel 3: Technische Beschreibung des Krafthauses*
Technische Beschreibung mit Lageplan, Grundrisse und Schnitte mit Kote des Unterwasserspiegels bei stillstehendem Werk.
Bei Neuerrichtung des Krafthauses: architektonisches Konzept, allfällige Erschließungsmaßnahmen und eventuell nötige Kunstbauten sowie geologisches/geotechnisches Gutachten, wenn diese mit dem Untergrund interferieren.
Es wird darauf hingewiesen, dass die NTC/Norme Tecnica per le Costruzioni (Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, Decreto 14 gennaio 2008, aggiornamento delle NTC, Decreto 17 gennaio 2018) zur Anwendung kommen.
 - *Kapitel 4: Technische Beschreibung der Übergabe an Speicher/Trinkwassernetz*
Technische Beschreibung, Lageplan, Grundriss und Schnitte der Wasserübergabe, Darstellung des Bypasses der Turbine.
 - *Kapitel 5: Technische Beschreibung der elektromechanischen Ausrüstung und Sicherheitseinrichtungen und -vorkehrungen*
Nachvollziehbare Berechnungen und Beschreibung zur Auswahl der Turbine, Angabe der angenommenen Wirkungsgrade der Turbinen, Generatoren, Transformatoren, und Leitungen und Beschreibung der Eigenbedarfsanlage sowie des Anschlusses an das öffentliche Stromnetz.
 - *Kapitel 6: Betriebsheft für die Sicherstellung der Trinkwasserqualität*
Beschreibung der notwendigen Maßnahmen und Vorkehrungen zur Sicherstellung der Trinkwasserqualität bei Bau, Betrieb und Wartung des Kraftwerks.
 - *Kapitel 7: Risikoanalyse*
Diese ist laut BLR Nr. 221/2019 einzureichen
 - Beizulegende Dokumente
 - ◆ Anlage 1: Fragebogen zur Durchführung eines Sammelgenehmigungsverfahrens (siehe Internetseiten der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz).
 - ◆ Anlage 2: Verzeichnis der betroffenen Parzellen und der jeweiligen Eigentümer, Angabe der darauf vorgesehenen Anlagenteile.

Bemerkung: Die Fälligkeit der neuen Konzession zur Erzeugung elektrischer Energie wird zeitgleich mit jener der bestehenden Trinkwasserkonzession festgelegt.

5.4 Ansuchen um Konzessionen für die hydroelektrische Produktion in bestehenden Bewässerungs- oder Beschneiungsanlagen < 220 kW laut Artikel 23-ter des Gesetzes

Für Ansuchen zur Produktion elektrischer Energie mittels Kraftwerksanlage auf bestehenden Beregnungs- oder Beschneiungsanlagen wird gemäß Art. 23-ter des Gesetzes, das im Folgenden definierte, vereinfachte Verfahren mit einer Höchstdauer von 180 Tagen angewandt. Die in Artikel 4 (konkurrierende Gesuche) und Artikel 9 (Bewertung) definierten Verfahrensschritte werden übersprungen.

Im Sinne des Art. 15, Absatz 9 bzw. Art. 18, Absatz 6 des Teil 3 des Wassernutzungsplans kann das bestehende hydroelektrische Potential im Rahmen der bestehenden Wasserkonzession in Bezug auf Wassermenge und Ableitungszeitraum genutzt werden. Diese Art von Anlage sieht eine Seriennutzung des Wassers vor, was bedeutet, dass derselbe Wassertropfen, der für hydroelektrische Zwecke genutzt wird, auch für die Bewässerung/Beschneigung verwendet wird.

Das Konzessionsgesuch wird mit ausgefülltem Formblatt A.5 und technischem Bericht mit den technischen Daten und den Eigenschaften der Anlage eingereicht.

Bei Unvollständigkeit wird der Gesuchsteller einmalig aufgefordert Integrationen einzureichen, mit sonstiger Archivierung des Gesuchs.

Wenn bei einer neuen Nutzung vorgesehen ist, Fassungs- oder Ableitungsbauwerke oder einen Teil des Wassers einer bereits bestehenden Nutzung zu verwenden, so müssen, gemäß Art. 47 des Kgl. Dekrets (V.T.) Nr. 1775/1933, die Vorkehrungen für das Nebeneinanderbestehen der Nutzungen sowie die Entschädigung, die der neue Nutzer den bestehenden Nutzern entrichten muss, festgelegt werden. Das Projekt muss nachvollziehbar sein und sich auf fundierte Daten beziehen.

Werden hingegen bei einer bestehenden Bewässerungs- oder Beschneigungskonzession die wesentlichen Konzessionsparameter durch die zusätzliche Energieproduktion verändert (Nutzungsperiode, Wassermenge und Fassungs- und Rückgabekoten), so muss das ordentliche Verfahren gemäß Abschnitt 5.2 durchgeführt werden und es gelten bezüglich der Restwasservorschriften die Bestimmungen gemäß Tab. 19 des Wassernutzungsplanes.

Einzureichende Dokumente: Laut Art. 23-ter des Gesetzes ist lediglich der technische Bericht mit den technischen Daten und den Eigenschaften der Anlage erforderlich:

Es sind folgende Dokumente einzureichen:

1. ausgefülltes Formblatt A.5

2. Technischer Bericht mit folgenden Kapiteln:

➤ *Kapitel 1: Allgemeine Beschreibung des Projektes*

Konzessionsdaten der bestehenden Bewässerungs- oder Beschneigungskonzession. Aktueller Bedarfsnachweis der Bewässerungs- oder Beschneigungskonzession laut Artikel 15 (Beregnung) bzw. 18 (Beschneigung) des Wassernutzungsplans.

➤ *Kapitel 2: Technische Beschreibung der Fassungsanlagen mit Entsander und Druckrohrleitung*

Technische Merkmale, Lageplan, Grundrisse und Schnitte von Fassung und Restwasservorrichtung, Entsander und Druckleitung. Kote des Oberwasserspiegels beistehendem Werk. Darstellung der statischen, dynamischen und druckstoßdarstellenden Drucklinien entlang der Druckleitung.

➤ *Kapitel 3: Technische Beschreibung des Krafthauses*

Technische Beschreibung mit Lageplan, Grundrisse und Schnitte. Kote des Unterwasserspiegels bei stillstehendem Werk.

Bei Neuerrichtung des Krafthauses: architektonisches Konzept, allfällige Erschließungsmaßnahmen und eventuell nötige Kunstbauten sowie geologisches/geotechnisches Gutachten, wenn diese mit dem Untergrund interferieren.

Es wird darauf hingewiesen, dass die NTC/Norme Tecnica per le Costruzioni (Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, Decreto 14 gennaio 2008, aggiornamento delle NTC, Decreto 17 gennaio 2018) zur Anwendung kommen.

➤ *Kapitel 4: Technische Beschreibung der elektromechanischen Ausrüstung und Sicherheitseinrichtungen und -vorkehrungen*

Nachvollziehbare Berechnungen und Beschreibung zur Auswahl der Turbine, Angabe der angenommenen Wirkungsgrade der Turbinen, Generatoren, Transformatoren und Leitungen und Beschreibung der Eigenbedarfsanlage sowie des Anschlusses an das öffentliche Stromnetz.

➤ *Kapitel 5: Falls bestehend oder geplant: Eigenschaften der Übergabe an Speicher,*

Technische Beschreibung, Lageplan, Grundriss und Schnitte, Grundparzelle und Kote der Wasserübergabe.

➤ *Kapitel 6: Risikoanalyse*

Diese ist laut BLR Nr. 221/2019 einzureichen

➤ Beizulegende Dokumente

- ◆ Anlage 1: Fragebogen zur Durchführung eines Sammelgenehmigungsverfahrens (siehe Internetseiten der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz).
- ◆ Anlage 2: Verzeichnis der betroffenen Parzellen und der jeweiligen Eigentümer, Angabe der darauf vorgesehenen Anlagenteile.

Bemerkung: Die Fälligkeit der neuen Konzession zur Erzeugung elektrischer Energie wird zeitgleich mit jener der bestehenden Bewässerungs- bzw. Beschneidungskonzession laut Art. 16 Absatz 3 des Gesetzes festgelegt.

5.5 Ansuchen um Konzessionen für Ableitungen an Querbauwerken

Laut Art. 38 Absatz 11 des Gewässerschutzplanes ist eine hydroelektrische Nutzung auf bestehenden Querbauwerken nicht zulässig.

5.6 Ansuchen für geringfügige Änderungen

Die Ansuchen für geringfügige Änderungen werden gemäß Art. 19 des Gesetzes eingereicht. Die Projektunterlagen sind in digitaler Form einzureichen und beinhalten:

1. Ausgefülltes Formblatt A.2 lediglich für den Teil betreffend die geplante geringfügige Änderung.
2. Technischer Bericht gemäß Unterabschnitt 5.2.2 mit der Beschreibung der geplanten Änderungen. Im Bericht muss angeführt werden, ob das Kraftwerk in der Ausführungsphase oder in der Betriebsphase ist.
3. Grafische Planunterlagen betreffend die geringfügige Änderungen gemäß Tabelle 2.

➤ Beizulegende Dokumente

- ◆ Anlage 1: Verzeichnis der betroffenen Parzellen und der jeweiligen Eigentümer, Angabe der darauf vorgesehenen Anlagenteile;
- ◆ Anlage 2: Fragebogen zur Durchführung eines Sammelgenehmigungsverfahrens (siehe Internetseiten der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz).

6. Ausgleichszahlungen zum Wohle der Allgemeinheit bei Gesuchen für mittlere Ableitungen

Bei Gesuchen für neue mittlere Ableitungen ist gemäß Art. 3, Abs. 1 des Gesetzes auch ein Angebot für Ausgleichszahlungen zum Wohle der Allgemeinheit zu hinterlegen. Die jährlich zu entrichtenden Ausgleichszahlungen setzen sich zusammen aus:

- einem Fixbetrag,
- einem variablen Anteil, festgelegt im Angebot des Konzessionärs.

Damit der Volatilität des Strompreises Rechnung getragen werden kann, sind beide Faktoren an den jährlichen Durchschnittspreis für Energie laut PUN (Prezzo Unico Nazionale) des jeweils vorhergehenden Jahres gemäß Veröffentlichung durch den Gestore Mercato Energetico (GME, Energiemarktbetreiber) gebunden.

Der Fixbetrag ergibt sich aus einem Anteil von 60 Prozent des Werts des jährlichen Durchschnitts-PUN des Vorjahres, angegeben in Euro/MWh, multipliziert mit dem Wert der mittleren, jährlichen Nennleistung der Anlage, angegeben in kW. Er wird für jedes Kalenderjahr während der Konzessionsdauer ermittelt. Der so berechnete Betrag in Euro bezieht sich auf die Größe des Werkes und auf das vorgesehene Produktionspotenzial.

Rechenformel Fixbetrag (Ergebnis in Euro):

$0,6 * \text{mittlerer Jahres PUN des Vorjahres [Euro/MWh]} * \text{mittlere, jährliche Nennleistung [kW]}$

Der variable Anteil der Ausgleichszahlungen wird ebenfalls alljährlich berechnet und bezieht sich auf die vorgesehenen energetische Jahresproduktion und den jährlichen Durchschnitts-PUN des Vorjahres. Im Angebot gibt der Gesuchsteller den Prozentanteil „X“ an, welchen er beabsichtigt als Ausgleichszahlungen bereitzustellen. Auch der variable Anteil ist jährlich während der gesamten Konzessionsdauer zu entrichten.

Rechenformel variabler Betrag:

$0,01 * X * \text{mittlerer Jahres PUN des Vorjahres [Euro/MWh]} * \text{vorgesehene mittlere Jahresproduktion [MWh]}$

Dabei sind:

PUN: „Prezzo Unico Nazionale“ ist der Preis für den Einkauf von elektrischer Energie am italienischen Markt

X: Prozent der Gesamtproduktion in Form des sich daraus ergebenden ökonomischen Gegenwertes, welcher der Anbieter bereit ist, zum Wohle der Allgemeinheit abzutreten.

Das wirtschaftliche Angebot wird im Zuge der wirtschaftlichen Bewertung bewertet. Der Gesuchsteller kann neben der Bereitstellung von finanziellen Beiträgen auch andere Leistungen zu Gunsten der Allgemeinheit gemäß den Kriterien des Gesetzes und des entsprechenden Beschlusses zu den Ausgleichszahlungen anbieten. Dabei sind nicht monetäre Leistungen im genannten Prozentanteil der Gesamtproduktion „X“ zu internalisieren und als ökonomischer Wert zum Ausdruck zu bringen. In dieser Weise fließen auch diese in den anzugebenden Faktor und somit in die Berechnung mit ein. Die entsprechende Berechnung ist beizulegen. Diese Leistungen dürfen ausschließlich im wirtschaftlichen Angebot aufscheinen, ansonsten werden sie nicht eingerechnet. Weiters dürfen sie keine Maßnahmen enthalten, die darauf abzielen, direkte negative Umweltauswirkungen des Projektes zu mildern oder zu vermeiden.

Das wirtschaftliche Angebot für die Ausgleichszahlungen zum Wohle der Allgemeinheit muss mit Passwort geschützt sein. Bezüglich der Zustellung der Gesuchsunterlagen wird auf Abschnitt 10 verwiesen.

7. Gesuche um Erneuerung

7.1 Erneuerung von Konzessionen für kleine Ableitungen / mittlere Ableitungen historischer Genossenschaften

Gemäß Art. 24, Abs. 1 des Gesetzes können Betreiber kleiner Kraftwerksanlagen ab einem Jahr bzw. bis spätestens sechs Monate vor dem Verfall der Konzession beim Amt für nachhaltige Gewässernutzung um deren Erneuerung ansuchen. Werden Gesuche nicht mindestens 6 Monate vor Fälligkeit eingereicht, so werden diese nicht mehr angenommen und die Konzession verfällt.

Voraussetzung ist die Abgabe des ausgefüllten Formblattes A.6 sowie die Bestätigung der Einhaltung aller Sicherheitsbestimmungen durch einen befähigten Techniker. Gemäß Art. 24, Abs. 2 des Gesetzes wird die Konzession erneuert, falls keine gegenteiligen Erkenntnisse vorliegen. Bei jeder Konzessionserneuerung von hydroelektrischen Ableitungen ist eine ökologische Analyse vorzulegen, wobei die Anpassungen an die gesetzlichen Bestimmungen zu berücksichtigen sind. (s. Unterabschnitt 5.1.2, Punkt 3). Nur für kleine Wasserableitungen zur Produktion elektrischer Energie, welche ausschließlich dem Eigenverbrauch von Alm- und Schutzhütten dienen, kann eine vereinfachte ökologische Analyse vorgelegt werden. Das Amt holt das interne Gutachten des Amtes für Gewässerschutz ein, welches die notwendigen Auflagen für eine umweltverträgliche Nutzung der Wasserressourcen festlegt und auch eine eventuell notwendige Anpassung der Restwassermenge vorschreiben kann. Hierfür müssen gesicherte Abflussdaten vorgelegt werden. Für die Bewertung des Hochwasserschutzes kann das Gutachten des Funktionsbereichs Wildbachverbauung eingeholt werden. Bei Fischgewässern wird gemäß L.G. vom 13.02.2023, Nr. 3, das interne Gutachten des Amtes für Wildtiermanagement eingeholt.

Im Zuge der Erneuerung kann der Betreiber Änderungen oder Modernisierungen vornehmen, welche jedoch weder den Fassungs- bzw. den Rückgabepunkt verändern noch die zu entnehmende Wassermenge erhöhen oder den Ableitungszeitraum ausdehnen.

Die Erhöhung der Jahresproduktion durch die Verbesserung der technischen Anlagen (besserer Wirkungsgrad usw.) ist hingegen anzustreben. Eine solche Potenzierung ist selbstredend auch während der Konzessionsperiode jederzeit möglich.

Mit dem Gesuch zur Erneuerung einer Konzession für eine kleine Ableitung zu hydroelektrischen Zwecken ohne bautechnische Änderungen oder Austausch von Maschinen **sind folgende Dokumente einzureichen:**

1. Ausgefülltes Formblatt A.6,
2. Bestätigung für ein einwandfreies Funktionieren der Anlage auf der Grundlage der letzten sicherheitstechnischen Überprüfung (Überprüfung von Druckrohrleitungen und unter Druck stehenden Beileitungen nicht älter als 10 Jahre, Konformitätserklärung der elektrischen Anlagen gemäß M.D. vom 19.05.2010),
3. aktualisierte Risikoanalyse: Beschreibung des von der Anlage ausgehenden Risikos für das Umfeld mit Beschreibung der allenfalls vorzusehenden Maßnahmen. Die Risikoanalyse ist für die Fälle gemäß Art. 3 des Beschlusses der Landesregierung vom 2. April 2019, Nr. 221, erforderlich,
4. aktualisiertes Verzeichnis mit den von Bauwerken betroffenen Parzellen,
5. Endstandsprojekt / Bestandsaufnahme der Anlage.
6. Ökologische Analyse – siehe Unterabschnitt 5.2.2, Punkt 3,
7. Die historischen Genossenschaften geben in der Interessensbekundung die Leistungen zum Wohle der Allgemeinheit in den Ufergemeinden an und legen über die entsprechende Umsetzung im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) Rechenschaft ab.

Bei Unvollständigkeit wird der Gesuchsteller einmalig aufgefordert, Integrationen einzureichen, mit sonstiger Archivierung des Gesuches.

Plant der Konzessionär im Rahmen der Erneuerung wasserrechtlich nicht wesentliche Änderungen, welche den Fassungs- oder Rückgabepunkt, die Größe oder Lage des bestehenden Krafthauses, den Durchmesser oder die Trasse der Druckrohrleitung oder der Zuleitungsanlagen betreffen, sind **zusätzlich noch nachfolgende Dokumente einzureichen:**

Für den technischen Bericht und für die graphischen Planunterlagen gelten die Vorgaben aus Abschnitt 5.6.

Auch in diesem Fall wird der Gesuchsteller bei Unvollständigkeit der Unterlagen einmalig aufgefordert, Integrationen einzureichen, bei sonstiger Archivierung des Gesuchs.

Erfordern die vorgesehenen Renovierungs- oder Modernisierungsarbeiten die behördliche Begutachtung von drei oder mehr Ämtern inklusive des Amtes, wird die Dienststellenkonferenz über das Gesuch befinden.

Werden Fassungs- bzw. Rückgabepunkt verändert, die zu entnehmende Wassermenge erhöht oder der Ableitungszeitraum ausgedehnt (wesentliche Änderungen), wird das Projekt gemäß Art 3. und folgende des Gesetzes behandelt, wobei der bestehende Konzessionär als Projektträger das Verfahren eröffnet.

7.2 Erneuerung von Konzessionen für mittlere Ableitungen

Gemäß Artikel 21, Absatz 1 des Gesetzes werden Konzessionen für mittlere Ableitungen, abgesehen der im Absatz 1 desselben Artikels vorgesehenen Ausnahmen, nach ihrem Verfall neu ausgeschrieben. Der Inhaber einer solchen Konzession kann frühestens zwei Jahre, aber spätestens ein Jahr vor dem Verfall dieser Konzession beim Amt für nachhaltige Gewässernutzung um Erneuerung der Konzession ansuchen.

Werden Ansuchen nicht mindestens ein Jahr vor Fälligkeit eingereicht, so werden diese nicht mehr angenommen und die Konzession verfällt. Zudem ist folgendes zu beachten:

- a) Mindestens ein Jahr vor Verfallsdatum um Erneuerung der Konzession einzureichende Dokumentation:
 1. **Ansuchen um Erneuerung,**
 2. **Technischer Bericht** mit Schätzung des Restwertes der Anlage gemäß diesbezüglichem Beschluss der Landesregierung „Genehmigung der Leitlinie zur Festlegung der Entschädigung für den scheidenden Konzessionär“. Die Höhe der Entschädigung wird zwischen dem scheidenden Konzessionär und der Landesverwaltung vereinbart.
 3. **Sicherheitstechnische Überprüfung,** Überprüfung von Druckrohrleitungen und unter Druck stehenden Beileitungen, Konformitätserklärung der elektrischen Anlagen sowie das Endstandsprojekt.
 4. **Ökologische Analyse** – siehe Unterabschnitt 5.1.2, Punkt 3.
- b) Bei mangelndem Einvernehmen zwischen Landesverwaltung und scheidendem Konzessionär, wird die Höhe der zustehenden Entschädigung durch ein Kollegium von drei nachweislich qualifizierten Experten / Expertinnen bestimmt. Jede Partei macht einen Experten / eine Expertin namhaft. Die dritte Person wird im Einvernehmen zwischen Landesverwaltung und scheidendem Konzessionär bestimmt. Falls kein Einvernehmen zustande kommt, wird diese Person vom Präsidenten / von der Präsidentin der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen namhaft gemacht.

Die Ausschreibung kann folgende Optionen zur erneuten Nutzung des Wasserkörpers vorsehen:

- i. Übernahme der bestehenden, unveränderten Anlage.

Mit dem Teilnahmeantrag und Wahl dieser Option ist lediglich das wirtschaftliche Angebot einzureichen.

- ii. Übernahme der bestehenden Anlage mit Angebot zur Anpassung, Modernisierung oder Erneuerung der Anlage (unwesentliche Änderungen).

Mit dem Teilnahmeantrag ist neben dem wirtschaftlichen Angebot auch der technische Bericht zu den technischen Neuerungen einzureichen. Außerdem ist auf die Kriterien zur Minimierung der Auswirkungen auf Umwelt, Klima, Biodiversität und Landschaft im Sinne des Artikel 21, Absatz 5, Buchstabe b/bis des Gesetzes infolge der vorgesehenen Neuerungen einzugehen.

- iii. Errichtung einer neuen Anlage, auch teilweise, mit wesentlichen Änderungen der Konzession.

Mit dem Teilnahmeantrag ist neben dem wirtschaftlichen Angebot auch der technische Bericht zu den wesentlichen und nicht wesentlichen Änderungen einzureichen. Außerdem sind die in

Unterabschnitt 5.2.2 vorgesehenen Dokumente einzureichen, der Umweltbericht im Sinne des Landesgesetzes vom 13. Oktober 2017, Nr. 17, sowie die Kriterien zur Minimierung der Auswirkungen auf Umwelt, Klima, Biodiversität und Landschaft im Sinne des Artikel 21, Absatz 5, Buchstabe b/bis des Gesetzes infolge der vorgesehenen Neuerungen.

8. Durchführung der Bauabnahme

Gemäß Art. 20 des Gesetzes hat die Bauabnahme auf Kosten des Gestaltstellers durch eine/n befähigte/n Techniker/in auf der Grundlage der genehmigten technischen Eigenschaften des Projektes und der festgelegten Auflagen zu erfolgen. Zur Vermeidung von Interessenskonflikten muss die Abnahme von einem projektunabhängigen Abnahmeprüfer durchgeführt werden.

Nach Fertigstellung und bis zur Bauabnahme, kann die Anlage nach entsprechender Anfrage an das Amt während dem Ableitungszeitraum provisorisch in Betrieb gehen, um die Bauabnahme durchzuführen. Der provisorische Betrieb von maximal drei Jahren gilt bis zum Abschluss des Bauabnahmeverfahrens und auf jeden Fall für mehr als ein Jahr ab Bauende zur Eichung der Restwasservorrichtung.

15 Tage vor der regulären Inbetriebnahme übermittelt der Konzessionär dem Amt die Dokumentation zur Bauabnahme mit dem Endstandsprojekt sowie das ausgefüllte Formblatt A.8.

Zusätzlich sind anzugeben:

- Überprüfung von Druckrohrleitungen und unter Druck stehenden Beileitungen,
- Konformitätserklärung der elektrischen Anlagen,
- installierte Leistung (Ausgang Generator),
- Nennwerte von Turbine, Generator, Transformator,
- Bestätigung, dass alle Vorrichtungen für die Abgabe der Restwassermenge gemäß Konzessionsdekret errichtet wurden,
- Ergebnis der Eichung der Vorrichtung für die Gewährleistung der vorgeschriebenen Restwassermenge sowie der maximalen Ableitungsmenge mit Angabe der Art der Überprüfung und der Eichung (bezüglich eines Betriebsjahrs),
- Bestätigung der korrekt durchgeführten Umweltausgleichs- und Milderungsmaßnahmen, falls vorgeschrieben (bezüglich eines Betriebsjahrs),
- Bestätigung der Einhaltung der Vorschriften des Konzessionsdekrets und, sofern ausgestellt, des Auflagenheftes.

9. Unterzeichnungsberechtigung der Projekte

Dem Urteil der Vereinigten Sektionen des Kassationsgerichtshofes Nr. 5089 vom 05.03.2014 entsprechend müssen die dem Gesuch beizulegenden Projektunterlagen von einem/er befähigten Techniker/in unterzeichnet sein. Nur von diesem/r unterschrieben und mit entsprechendem Stempel versehene Gesuche sind zulässig. Es ist wichtig, dass sämtliche technische Projektunterlagen vom/von jeweils befähigtem Techniker/in unterzeichnet sind.

Die digitale Signatur muss den Anforderungen gemäß DPCM vom 22. Februar 2013 entsprechen und von einer Stelle ausgestellt werden, die in der öffentlichen Liste der akkreditierten Zertifizierungsstellen bei der Agentur für "Italia Digitale gemäß Artikel 29 Absatz 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets 82/2005 aufgeführt ist. Im Falle einer qualifizierten elektronischen Signatur, die von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgestellt wurde, muss diese den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 - eIDAS und den in der Durchführungsentscheidung (EU) 2015/1506 festgelegten Spezifikationen entsprechen. Zur Überprüfung der Gültigkeit der digitalen Signatur kann auf die Website der Agentur für "Italia Digitale" verwiesen werden (<http://www.agid.gov.it/agenda-digitale/infrastrutture-architettura/firme-elettroniche/software-verifica>).

10. Zustellung der Gesuche und Dokumentenverwaltung

In Bezug auf die Dokumentenverwaltung sind die Bestimmungen des Beschlusses der Landesregierung Nr. 630 vom 26.06.2018 - Genehmigung des Handbuchs für die Dokumentenverwaltung der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol zu beachten.

In Bezug auf Gesuche, wie beispielsweise neue Konzessionsanträge und Erneuerungen bestehender Konzessionen ist zu beachten, dass diese zu den umfangreichen Dokumenten gehören, die gemäß dem Handbuch für die Dokumentenverwaltung der Autonomen Provinz Bozen ausgearbeitet werden müssen.

Die Unterlagen müssen digital signiert sein und in einer einzigen komprimierten Datei innerhalb der Einreichfrist im Cloud-Speicher hinterlegt werden.

Bei Konkurrenzverfahren muss die vorgenannte komprimierte Datei außerdem durch ein Passwort geschützt sein, welches erst auf Anfrage des Amtes hin an die vom Amt mitgeteilte Email-Adresse zu übermitteln ist. Das Amt bestätigt den Erhalt des Passworts.

Das wirtschaftliche Angebot, falls vorgesehen, muss digital signiert werden und ist - versehen mit einem eigenen, zweiten Passwort - in die oben genannte komprimierte Datei einzufügen. Auch das Passwort zur Öffnung des wirtschaftlichen Angebotes darf erst nach expliziter Anfrage der Verwaltung übermittelt werden.

Bei der Ausschreibung von Wasserkonzessionen kann in der Bekanntmachung das hier beschriebene Verfahren präzisiert und ergänzt werden. Weiters können in der Bekanntmachung Verfahrensregeln festgelegt werden, die von den gegenständlichen Leitlinien abweichen.

11. Anhang: Gesuchformulare

Die im Einklang mit dieser Leitlinie ausgestellten Gesuchformulare sind auf den Internetseiten der Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz veröffentlicht und werden, bei deren Änderung, mit Dekret des Abteilungsdirektors genehmigt.

A.1 Konzessionsansuchen zur Wasserableitung für hydroelektrischer Zwecke (für den Projektträger, zu veröffentlichen)

A.2 Konzessionsansuchen zur Wasserableitung für hydroelektrischer Zwecke – Einreichen ergänzender Daten (für den Projektträger)

A.3 Konzessionsansuchen zur Wasserableitung für hydroelektrischer Zwecke (für Konkurrenten)

A.4 Konzessionsansuchen zur Nutzung des hydroelektrischen Potenzials auf Trinkwasserleitungen

A.5 Konzessionsansuchen zur Nutzung des hydroelektrischen Potenzials auf Beregnungs- oder Beschneigungsanlagen

A.6 Ansuchen zur Erneuerung von Konzessionen für kleine Wasserableitung für hydroelektrischer Zwecke (< 220 kW)

A.7 Kein Formular

A.8 Ansuchen um Ausstellung der Bescheinigung der Bauabnahme und Freigabe der Kautions

A.9 Wirtschaftliches Angebot für die Festlegung der Ausgleichszahlungen

A.10 Ansuchen um Übertragung einer Konzession zur Wasserableitung für hydroelektrischer Zwecke

Allegato A

**Linee guida tecniche sulle domande relative
alla derivazione di acque pubbliche
per la produzione di energia elettrica**

**ai sensi dell'art. 2, comma 1, lettera a), della Legge Provinciale
del 26.01.2015, n. 2**

Indice

1.	Introduzione	34
2.	Definizione dei termini	34
3.	Breve descrizione delle diverse procedure	35
4.	Generalità	40
5.	Documenti necessari	41
5.1	Nuova domanda su un tratto di uno o più corpi idrici: documentazione che deve presentare il promotore	41
5.1.1	Modulo con i dati personali del promotore e con i dati tecnici del progetto da pubblicare	41
5.1.2	Ulteriori dati e documenti	41
5.2	Progetti concorrenti e completamento della domanda del promotore	45
5.2.1	Presentazione di domande in concorrenza	45
5.2.2	Documenti necessari	45
5.3	Domande per concessioni idroelettriche su condotte per acqua potabile esistenti < 220 kW ai sensi dell'articolo 23-ter della Legge	50
5.4	Domande di concessione per produzione idroelettrica su impianti irrigui o d'innevamento esistenti < 220 kW ai sensi dell'articolo 23-ter della Legge	52
5.5	Domande di concessione per derivazioni da opere trasversali	53
5.6	Domanda per lievi modifiche	53
6.	Fondi di compensazione destinati a favore della collettività per domande di medie derivazioni	53
7.2	Rinnovo delle concessioni per medie derivazioni	55
8.	Esecuzione del collaudo	56
9.	Diritto per la firma del progetto	57
10.	Trasmissione delle domande e gestione documentale	57
11.	Allegato: moduli	57

1. Introduzione

La Legge Provinciale n. 2 del 26.01.2015 di seguito denominata “Legge” prevede, all’art. 2, comma 1, lettera a), che la Giunta Provinciale stabilisca “le linee guida tecniche sulle domande nonché sui dati e documenti da produrre a corredo delle stesse, che indichino anche le procedure per la rettifica e l’integrazione di eventuali domande incomplete”.

Con queste s’intende contribuire a fornire agli interessati ad una derivazione a scopo idroelettrico una visione d’insieme per sapere quali documenti vadano presentati, in quale punto della procedura ed in quale forma con l’obiettivo di garantire uno svolgimento trasparente, efficiente e corretto della procedura.

2. Definizione dei termini

Curva di durata della portata

Diagramma che rappresenta la relazione tra la portata media pluriennale disponibile alla/e presa/e ed il numero dei giorni per i quali questa portata viene superata (per. es. Q_{100} = portata che viene uguagliata oppure superata per 100 giorni all’anno).

Portata massima derivabile Q_{max} [l/s]

La portata massima derivabile in un impianto idroelettrico ad acqua fluente coincide con la portata massima turbinabile e, serve per dimensionare l’apparecchiatura elettromeccanica.

Portata massima turbinabile Q_{turb} [l/s]

La portata massima derivabile in un impianto idroelettrico con possibilità di accumulo a monte è inferiore alla portata massima turbinabile che serve per dimensionare l’apparecchiatura elettromeccanica.

Colpo d’ariete [bar]

Sovrappressioni o sottopressioni (onde di pressione), lungo le condotte in pressione, generate da operazioni di apertura e chiusura rapide.

Perdita di carico [m]

La perdita di carico è generata da attrito lungo il percorso dell’acqua (perdite distribuite) e tramite i suoi componenti (valvole, pezzi speciali, diramazioni, ecc. – perdite di carico concentrate) che può essere espressa in termini di riduzione del salto e non utilizzabile per la produzione di energia elettrica.

Pressione dinamica [bar]

Differenza tra la pressione statica e la perdita di carico in un determinato punto della condotta in pressione.

Potenza idraulica P_{hyd} [kW]

$$P_{hyd} = \frac{Q \cdot H_d}{102}$$

Q: portata derivata istantanea [l/s]

H_d : salto lordo [m]

Potenza elettrica P_{ele} [kW]

Energia elettrica prodotta all’uscita (morsetti) del generatore:

$$P_{ele} = P_{hyd} \cdot \eta_L \cdot \eta_T \cdot \eta_G$$

η_L : rendimento delle condotte

η_T : rendimento turbina

η_G : rendimento generatore

Rendimento complessivo dell’impianto con portata massima η_{tot} [-]

$$\eta_{tot} = \eta_L \cdot \eta_T \cdot \eta_G \cdot \eta_{Tr}$$

η_L : rendimento delle condotte

η_T : rendimento turbina

η_G : rendimento generatore

η_{Tr} : rendimento trasformatore

Potenza installata [kVA]

Somma delle potenze dei generatori presenti nell'impianto.

Produzione annua (Produzione specifica) [kWh/a, MWh/a, GWh/a]

Produzione di energia elettrica generata in un anno mediante valori medi di portata. È quella produzione che corrisponde al valore medio pluriennale delle produzioni.

Portata minima derivabile oppure portata Q_{min} [l/s]

La portata minima derivabile è quella portata, al disotto della quale le turbine vengono messe fuori esercizio.

Portata media derivata [l/s]

Con riferimento alla curva di durata delle portate trattasi del valore medio tra la portata massima derivabile e la portata minima derivabile

Potenza nominale media annua P_{conc} [kW]

$$P_{conc} = \frac{Q_{med} \cdot H_N}{102}$$

Q_{med} : portata media derivabile [l/s]

H_N : salto nominale di concessione [m]

Salto nominale H_N [m]

Differenza tra il pelo morto superiore ed il pelo morto inferiore ad impianto fermo.

Pelo morto superiore: quota del pelo morto a monte del meccanismo motore ad impianto fermo.

Pelo morto inferiore: quota del pelo morto a valle del meccanismo motore ad impianto fermo.

Salto netto con la portata massima [m]

Differenza tra il salto lordo tecnico e le perdite (perdite di carico distribuite lungo la condotta, perdite di carico concentrate tramite valvole, pezzi speciali, diramazioni, ecc.) con la portata massima.

Pressione statica [bar]

Salto lordo tecnico

3. Breve descrizione delle diverse procedure

La legge opera la distinzione tra concessioni per la derivazione di acque pubbliche a scopo idroelettrico, sulla base della potenza nominale media annua, in piccole derivazioni (inferiore a 220 kW) qui denominate **D** e medie derivazioni (maggiore od uguale a 220 kW ed inferiore a 3.000 kW) qui denominate **GD**. In conformità a detta suddivisione sono previste differenti procedure autorizzative.

Tabella A. Successione cronologica per il rilascio di nuove concessioni

	Nuove domande per concessioni di piccole derivazioni d'acqua D	Nuove domande per concessioni di medie derivazioni d'acqua GD
1	L'Ufficio competente di seguito Ufficio verifica entro 30 giorni la domanda e il progetto presentati dal promotore (moduli A.1 e A.2) relativamente alla completezza (ai sensi del paragrafo 5.1 oppure 5.2 della presente linea guida) e della conformità al Piano generale di utilizzazione delle acque e al Piano di tutela delle acque. In presenza di documentazione incompleta, il richiedente interessato viene invitato un'unica volta entro scadenza definita a presentare i	L'Ufficio competente, di seguito Ufficio, verifica entro 30 giorni la domanda e il progetto presentati dal promotore (moduli A.1 e A.2 e A.9) relativamente alla completezza (ai sensi del paragrafo 5.1 oppure 5.2 della presente linea guida) e della conformità al Piano generale di utilizzazione delle acque e al Piano di tutela delle acque. In presenza di documentazione incompleta, il richiedente interessato viene invitato un'unica volta entro scadenza definita a presentare i

	documenti mancanti, altrimenti la domanda viene archiviata.	documenti mancanti, altrimenti la domanda viene archiviata
2	Il modulo A.1 viene pubblicato per 120 giorni sulla Rete Civica dell'Alto Adige.	Il modulo A.1 viene pubblicato per 120 giorni sulla Rete Civica dell'Alto Adige.
2.1	Entro questi 120 giorni di pubblicazione il promotore deve integrare ai sensi del paragrafo 5.2 della presente linea guida la sua documentazione già presentata, con il modulo A.2, qualora ciò non fosse già stato effettuato con la prima presentazione. Qualora la documentazione del promotore non dovesse corrispondere al contenuto minimo del paragrafo 5.2 la domanda viene archiviata, qualora abbia avuto luogo un precedente invito ad integrare la documentazione ai sensi del paragrafo 5.1.	Entro questi 120 giorni di pubblicazione il promotore deve integrare ai sensi del paragrafo 5.2 della presente linea guida la sua documentazione già presentata, con il modulo A.2, qualora ciò non fosse già stato effettuato con la prima presentazione, ed ev. sostituire il modulo A.9 (offerta economica). Qualora la documentazione non dovesse corrispondere al contenuto minimo del paragrafo 5.2 la domanda viene archiviata, qualora abbia avuto luogo un precedente invito ad integrare la documentazione ai sensi del paragrafo 5.1.
2.2	Entro 120 giorni dalla pubblicazione possono essere presentati ai sensi del paragrafo 5.2 della presente linea guida e con modulo A.3 progetti in concorrenza.	Entro 120 giorni dalla pubblicazione possono essere presentati ai sensi del paragrafo 5.2 della presente linea guida e con moduli A.3 e A.9 progetti in concorrenza.
2.3	Il promotore stesso può presentare entro questi 120 giorni una nuova domanda con il modulo A.3 e un progetto sostanzialmente rielaborato ai sensi del paragrafo 5.2 della presente linea guida, sostituendo però quello presentato in origine e diventando concorrente.	Il promotore stesso può presentare entro questi 120 giorni una nuova domanda con il modulo A.3 e A.9 e un progetto sostanzialmente rielaborato ai sensi del paragrafo 5.2 della presente linea guida, sostituendo però quello presentato in origine e diventando concorrente.
2.4	Per il rilascio di concessioni per piccole derivazioni d'acqua che servano esclusivamente all'approvvigionamento elettrico per autoconsumo di masi di montagna, malghe e rifugi, per i quali non sia altrimenti possibile un allacciamento economico e vantaggioso alla rete elettrica, non si applicano gli articoli 4 e 9 della Legge. La documentazione deve essere presentata, ai sensi del paragrafo 5.2 della linea guida, e con il modulo A.3.	Non previsto.
3	Trascorsi questi 120 giorni (punto 2) la documentazione presentata è da intendersi definitiva e non possono essere accettate successive modifiche dei documenti.	Trascorsi questi 120 giorni (punto 2) la documentazione presentata è da intendersi definitiva e non possono essere accettate successive modifiche dei documenti.
4	Entro 45 giorni dal termine della pubblicazione di 120 giorni l'Ufficio valuta la documentazione. In presenza di documentazione incompleta il concorrente interessato viene invitato un'unica volta a presentare i documenti mancanti, altrimenti la domanda viene archiviata.	Entro 45 giorni dal termine della pubblicazione di 120 giorni l'Ufficio valuta la documentazione. In presenza di documentazione incompleta il concorrente interessato viene invitato un'unica volta a presentare i documenti mancanti, altrimenti la domanda viene archiviata.
5	Le domande ammesse vengono pubblicate sulla Rete Civica dell'Alto Adige con indicazione della data del sopralluogo, per il periodo di: - 15 giorni; - 30 giorni anche sull'albo digitale dei comuni interessati, qualora la notifica personale ai proprietari fondiari si rendesse impossibile	Le domande ammesse vengono pubblicate sulla Rete Civica dell'Alto Adige con indicazione della data del sopralluogo, per il periodo di: - 15 giorni; - 30 giorni anche sull'albo digitale dei comuni interessati, qualora la notifica personale ai proprietari fondiari si rendesse impossibile

	oppure particolarmente difficile per l'elevato numero di destinatari.	oppure particolarmente difficile per l'elevato numero di destinatari.
6	A partire dalla pubblicazione di cui al punto 5 e fino a 30 giorni dopo il sopralluogo, gli interessati possono visionare le domande e la documentazione di progetto. Entro lo stesso termine possono essere presentate osservazioni e prese di posizione.	A partire dalla pubblicazione di cui al punto 5 e fino a 30 giorni dopo il sopralluogo, gli interessati possono visionare le domande e la documentazione di progetto. Entro lo stesso termine possono essere presentate osservazioni e prese di posizione.
7	La legge non prevede l'obbligo delle misure di mitigazione proposte dal richiedente.	Entro 30 giorni dal sopralluogo deve essere dimostrata la disponibilità delle particelle sulle quali si prevedono misure di mitigazione proposte dal richiedente, altrimenti la domanda viene archiviata.
8	Trascorsi i 30 giorni dal sopralluogo la documentazione viene inoltrata all'Ufficio Valutazioni ambientali per il rilascio dei pareri nell'ambito della Conferenza di servizi in materia ambientale.	Trascorsi i 30 giorni dal sopralluogo la documentazione viene inoltrata all'Ufficio Valutazioni ambientali per il rilascio dei pareri nell'ambito della Conferenza di servizi in materia ambientale.
9	Il titolo giuridico con il quale si dimostra la disponibilità dei fondi per la costruzione e la messa in esercizio della derivazione deve essere trasmesso all'ufficio competente al più tardi entro 90 giorni dalla comunicazione della decisione della Conferenza dei servizi.	Disponibilità dei fondi: la legge prevede all'art. 11 la possibilità di esproprio, l'imposizione di servitù o l'occupazione, dalla data della comunicazione dell'aggiudicazione.
10	Non previsto.	Entro 45 giorni dal rilascio del parere della Conferenza di servizi in materia ambientale la commissione nomina il progetto vincitore.
11	Non previsto.	Entro 60 giorni dalla comunicazione di nomina del vincitore, questo deve, qualora necessario, avviare e concludere la conciliazione per la disponibilità dei fondi. Entro 9 mesi dalla comunicazione di nomina del vincitore, questo deve chiedere l'esproprio presso l'Ufficio Amministrazione ed espropri e dopo deve comunicare all'Ufficio la conclusione della conciliazione ossia dell'esproprio.
11.1	Qualora una nuova utenza preveda l'utilizzo di opere di presa e derivazione oppure parte dell'acqua di una utenza preesistente devono essere stabilite le cautele per la coesistenza ed il compenso che il nuovo utente deve corrispondere all'utenza preesistente, ai sensi dell'art. 47 del R.D. n. 1775/1933.	Qualora una nuova utenza preveda l'utilizzo di opere di presa e derivazione oppure parte dell'acqua di una utenza preesistente devono essere stabilite le cautele per la coesistenza ed il compenso che il nuovo utente deve corrispondere all'utenza preesistente, ai sensi dell'art. 47 del R.D. n. 1775/1933.
12	Non previsto.	Rilascio del disciplinare e firma entro 60 giorni.
13	Rilascio del decreto di concessione.	Rilascio del decreto di concessione.

Per il rinnovo delle concessioni esistenti di piccole e medie derivazioni sono previsti procedimenti diversi:

Tabella B. Successione cronologica per domande di rinnovo di concessioni in essere

	Domanda di rinnovo della concessione per piccole derivazioni d'acqua D	Domanda di rinnovo della concessione per medie derivazioni d'acqua GD
--	---	--

1	<p>A partire da un anno fino al più tardi sei mesi prima della data di scadenza della concessione esistente si può chiedere il rinnovo della concessione con modulo A.6. È da presentare la documentazione ai sensi del paragrafo 7.1 della presente linea guida.</p> <p>In presenza di documentazione incompleta il concessionario interessato viene invitato una sola volta a presentare le integrazioni mancanti entro scadenza definita, altrimenti la domanda viene archiviata.</p>	<p>A partire da due anni fino al più tardi un anno prima della data di scadenza della concessione esistente il concessionario uscente può comunicare l'interesse al rinnovo della concessione. È da presentare la documentazione ai sensi del paragrafo 7.2 della presente linea guida.</p> <p>In presenza di documentazione incompleta il concorrente interessato viene invitato una sola volta a presentare le integrazioni mancanti entro scadenza definita, altrimenti la domanda viene archiviata.</p>
1.1	Non previsto.	Il concessionario uscente trasmette ai sensi dell'art. 3 della delibera 443/2022 all'Ufficio, non prima di due anni e al più tardi un anno prima della scadenza della concessione, una relazione sul valore residuo delle singole parti dell'impianto.
2	<p>Qualora il richiedente non preveda modifiche l'Ufficio chiede un parere all'Ufficio tutela acque ed evt. ad altri.</p> <p>Qualora siano previste modifiche non sostanziali e dovessero essere coinvolti almeno due ulteriori uffici ambientali oltre all'Ufficio, allora la domanda viene inoltrata alla Conferenza di servizi in materia ambientale per una valutazione.</p>	Se non vi è un interesse pubblico prevalente per un altro uso del corso d'acqua e sono stati stabiliti i criteri per la gara, l'Ufficio avvia la procedura di rinnovo della concessione.
2.1	Qualora siano previste modifiche sostanziali della concessione viene aperta una nuova istruttoria nella quale il concessionario richiedente risulta promotore – (procedura ai sensi della tabella A).	Non previsto.
3	Non previsto.	Nella Rete civica dell'Alto Adige viene pubblicato per 120 giorni il bando di gara con i dati ai sensi dell'art. 21, comma 5 della legge. Qualora il concessionario uscente non dovesse presentare la domanda di rinnovo entro i termini di legge prescritti, la concessione verrà bandita d'ufficio ed esso non potrà partecipare alla relativa gara.
4	Non previsto.	Trascorso il periodo di pubblicazione di 120 giorni (punto 3) la documentazione presentata dal promotore è da intendersi definitiva e non possono essere accettate successive modifiche.
5	Non previsto.	Entro 45 giorni dalla decorrenza del termine della pubblicazione di 120 giorni l'Ufficio valuta la documentazione sulla sua completezza.
6	Non previsto.	Le domande ammesse vengono pubblicate sulla Rete Civica dell'Alto Adige, con pubblicazione della data del sopralluogo, per il periodo di: - 15 giorni,

		- 30 giorni anche sull'albo digitale dei comuni interessati, qualora la notifica personale ai proprietari fondiari si rendesse impossibile oppure particolarmente difficile per l'elevato numero di destinatari.
7	Non previsto.	A partire dalla pubblicazione come dal punto 6 e fino a 30 giorni dopo il sopralluogo gli interessati possono visionare le domande e la documentazione di progetto. Entro lo stesso termine possono essere presentate osservazioni e prese di posizione dagli interessati.
7.1	Non previsto.	Entro 30 giorni dal sopralluogo deve essere dimostrata la disponibilità delle particelle sulle quali si prevedono le misure di mitigazione proposte dal richiedente, altrimenti la domanda viene archiviata.
8	Non previsto	Trascorsi i 30 giorni dal sopralluogo la documentazione viene inoltrata alla Conferenza di servizi in materia ambientale.
9	Non previsto	Entro 45 giorni dalla ricezione del parere della Conferenza di servizi la commissione nomina il progetto vincitore.
10	In caso di modifiche non sostanziali, il titolo giuridico con il quale si dimostra la disponibilità dei fondi per la costruzione e la messa in esercizio di piccole derivazioni deve essere prodotto all'Ufficio al più tardi entro 90 giorni dalla comunicazione della decisione della Conferenza dei servizi.	Entro 60 giorni dalla comunicazione di nomina del vincitore, questo deve, qualora necessario, avviare e concludere la conciliazione per la disponibilità dei fondi. Entro 9 mesi dalla comunicazione di nomina del vincitore, questo deve chiedere l'esproprio presso l'Ufficio Amministrazione ed espropri e comunicare successivamente all'Ufficio l'esito della conciliazione ossia dell'esproprio.
10.1	Eventuali accordi ai sensi dell'art. 47 del R.D. (T.U.) n. 1775/1933 sono da aggiornare, confermare oppure redigere nuovamente.	Eventuali accordi ai sensi dell'art. 47 del R.D. (T.U.) n. 1775/1933 sono da aggiornare, confermare oppure redigere nuovamente.
11	Non previsto.	Rilascio del disciplinare e firma entro 60 giorni.
12	In caso di pareri positivi viene rilasciato con decreto il rinnovo della concessione.	Rilascio del decreto di concessione.

Tabella C. Successione cronologica per domande di rinnovo della concessione per cooperative storiche

	Domanda di rinnovo della concessione per piccole derivazioni d'acqua D per cooperative storiche	Domanda di rinnovo della concessione per medie derivazioni d'acqua GD per cooperative storiche
1	A partire da un anno fino al più tardi di sei mesi prima della data di scadenza della concessione esistente, e si può chiedere il rinnovo con modulo A.6. È da presentare la documentazione ai	A partire da un anno fino al più tardi sei mesi prima della data di scadenza della concessione esistente si può chiedere il rinnovo con modulo A.6. È da presentare la documentazione ai

	sensi del paragrafo 7.1 della presente linea guida. In presenza di documentazione incompleta il concessionario interessato viene invitato solo una volta a presentare le integrazioni mancanti entro una scadenza definita, altrimenti la domanda viene archiviata.	sensi del paragrafo 7.1 della presente linea guida. Con la domanda deve essere presentata anche la dichiarazione di interesse con modulo A.9. In presenza di documentazione incompleta il concessionario interessato viene invitato solo una volta a presentare le integrazioni mancanti entro una scadenza definita, altrimenti la domanda viene archiviata.
2	Qualora non siano previste modifiche, l'Ufficio chiede un parere all'Ufficio Tutela acque ed evt. ad altri. Qualora siano previste modifiche non sostanziali e dovessero essere coinvolti almeno due ulteriori uffici ambientali oltre all'Ufficio, allora la domanda viene inoltrata alla Conferenza di servizi in materia ambientale per una valutazione.	Qualora non siano previste modifiche, l'Ufficio chiede un parere all'Ufficio Tutela acque ed evt. ad altri. Qualora siano previste modifiche non sostanziali e dovessero essere coinvolti almeno due ulteriori uffici ambientali oltre all'Ufficio, allora la domanda viene inoltrata alla Conferenza di servizi in materia ambientale per una valutazione.
2.1	In caso di modifiche non sostanziali, il titolo giuridico con il quale si dimostra la disponibilità dei fondi per la costruzione e la messa in esercizio di piccole derivazioni deve essere prodotto all'Ufficio al più tardi entro 90 giorni dalla comunicazione della decisione della Conferenza dei servizi.	In caso di modifiche non sostanziali, il titolo giuridico con il quale si dimostra la disponibilità dei fondi per la costruzione e la messa in esercizio di medie derivazioni deve essere prodotto all'Ufficio al più tardi entro 90 giorni dalla comunicazione della decisione della Conferenza dei servizi.
2.2	Qualora siano previste modifiche sostanziali della concessione viene aperta una nuova istruttoria nella quale il concessionario richiedente risulta promotore – (procedura ai sensi della tabella A).	Qualora siano previste modifiche sostanziali della concessione viene aperta una nuova istruttoria nella quale il concessionario richiedente risulta promotore – (procedura ai sensi della tabella A).
2.3	Eventuali accordi ai sensi dell'art. 47 del R.D. (T.U.) n. 1775/1933 sono da aggiornare, confermare oppure redigere nuovamente.	Eventuali accordi ai sensi dell'art. 47 del R.D. (T.U.) n. 1775/1933 sono da aggiornare, confermare oppure redigere nuovamente.
3	In caso di pareri positivi viene rilasciato con decreto il rinnovo della concessione.	In caso di pareri positivi viene rilasciato con disciplinare da sottoscrivere entro 60 giorni e decreto il rinnovo della concessione.

4. Generalità

Ai sensi dell'art. 53 del DPP 6/2008 tutte le componenti d'impianto, ad eccezione dell'opera di presa del dissabbiatore e della restituzione, devono essere realizzate al di fuori dall'argine e dalla fascia di rispetto. Il comma 2 dell'articolo prevede: *“I corsi d'acqua e le sponde dei corsi d'acqua, comprensive della loro vegetazione, sono oggetto di tutela. In tali aree sono ammesse solo le attività e gli interventi necessari per la sicurezza idraulica del corso d'acqua, per le prese e le restituzioni d'acqua e i miglioramenti ambientali.”*

Ai sensi del comma 4 del sopra citato articolo, ad eccezione delle opere per derivazione (opera di presa e restituzione), è vietata la costruzione di edifici e qualsiasi struttura all'interno della fascia di protezione larga 10 m dal lato superiore della sponda dell'alveo. Soltanto in casi eccezionali motivati si ottengono in deroga pareri vincolanti da parte dell'Agenzia provinciale per l'ambiente e la tutela del clima.

Ai sensi dell'art. 11, comma 4, della Legge valgono per le superfici di proprietà pubblica o per il patrimonio indisponibile le relative norme di settore. Se le componenti dell'impianto vengono progettate ossia realizzate sulle superfici di proprietà pubblica, le superfici permangono in proprietà della Provincia e non vengono imposte delle servitù. Nella concessione per la derivazione d'acqua vengono riportate le prescrizioni relative all'utilizzazione di queste superfici.

Centrali ed ulteriori edifici non possono essere realizzati sulle proprietà del Demanio Idrico.

Qualora il richiedente volesse rinunciare a singoli documenti, elaborati grafici o singoli capitoli della relazione tecnica richiesti dalla presente linea guida, il tecnico abilitato dello specifico settore deve motivare la scelta.

Nella presentazione di nuove domande il richiedente può presentare solamente un'offerta tecnica ed economica senza ulteriori proposte alternative. Ai sensi dell'art. 95 del D.lgs. 31/03/2023 n. 36 - Codice dei contratti pubblici – l'Ufficio esclude dalla partecipazione alla procedura d'appalto un operatore economico, qualora accerti sussistere rilevanti indizi tali da far ritenere che le offerte degli operatori economici siano imputabili ad un unico centro decisionale a cagione di accordi intercorsi con altri operatori economici partecipanti alla stessa gara.

5. Documenti necessari

5.1 Nuova domanda su un tratto di uno o più corpi idrici: documentazione che deve presentare il promotore

La procedura per il rilascio di concessioni per le derivazioni di acque pubbliche a scopo idroelettrico viene aperta mediante la presentazione di una proposta di progetto per un determinato tratto di uno o più corpi idrici. Il richiedente che presenta per primo la domanda, viene definito promotore. La proposta presentata viene esaminata, ai sensi dell'art. 3, commi 3 e 4, della Legge, in merito alla corrispondenza con le disposizioni del PGUAP (Piano generale di utilizzazione delle acque pubbliche della Provincia autonoma di Bolzano, approvato con DPR del 22.6.2017), del Piano di tutela delle acque (approvato con DGP n. 516/2021) così come in merito alla completezza della documentazione. Qualora la domanda rispetti le specifiche, i dati dichiarati dal richiedente mediante il modulo A.1 (dati personali e dati tecnici relativi al progetto) vengono pubblicati per 120 giorni sulla Rete Civica dell'Alto Adige. Verrà avviata quindi una procedura ad evidenza pubblica per l'affidamento di una nuova concessione.

5.1.1 Modulo con i dati personali del promotore e con i dati tecnici del progetto da pubblicare

L'Ufficio pubblica, ai sensi dell'art. 3, comma 4, della Legge, la domanda del promotore sulla Rete Civica dell'Alto Adige. Il corrispondente modulo A.1 della presente Linea guida comprende i seguenti dati:

- dati personali: dati del promotore e data in cui è stata presentata la domanda;
- dati tecnici: le quote ed i punti in cui si trovano le opere di presa e di restituzione, codice e nome del corso d'acqua derivato, codice e nome del corso d'acqua nel quale ha luogo la restituzione, la differenza di quota e la quantità massima di acqua che si prevede di derivare.

5.1.2 Ulteriori dati e documenti

Oltre al modulo citato nel sottoparagrafo. 5.1.1 il promotore deve presentare una serie di ulteriori dati e documenti. Questi non vengono pubblicati e non sono pubblici. La citata documentazione è necessaria al fine di poter effettuare una valutazione in termini di qualità, ammissibilità e compatibilità con le prescrizioni delle diverse pianificazioni strategiche della Provincia, così come dei criteri del PGUAP e del Piano tutela delle acque.

Per domande di medie derivazioni, il promotore deve presentare l'offerta per i fondi di compensazione a favore della collettività ai sensi dell'art. 3, comma 1, della Legge (vedi paragrafo 6). Il promotore può, ai sensi dell'art. 4, comma 3, della Legge, modificare entro il termine di concorrenza di 120 giorni l'offerta per i fondi di compensazione.

Qualora il richiedente volesse rinunciare a singoli documenti, elaborati grafici o singoli capitoli della relazione tecnica richiesti dalla presente linea guida, il tecnico abilitato dello specifico settore deve motivare la scelta.

Lo stesso richiedente può presentare solamente un'offerta tecnica ed economica senza ulteriori proposte alternative. Ai sensi dell'art. 95 del D.lgs. 31/03/2023 n. 36 - Codice dei contratti pubblici – l'Ufficio esclude dalla partecipazione alla procedura d'appalto un operatore economico, qualora accerti sussistere rilevanti indizi tali da far ritenere che le offerte degli operatori economici siano imputabili ad un unico centro decisionale a cagione di accordi intercorsi con altri operatori economici partecipanti alla stessa gara.

Il progetto deve essere dettagliato, ricostruibile e basarsi su dati fondati.

La seguente documentazione di progetto deve essere presentata in forma digitale:

1. Modulo A.2 compilato e, in caso di impianti per medie derivazioni, anche il modulo A.9 (offerta per fondi di compensazione). Nel modulo A.2 devono anche essere indicate eventuali sottensioni di impianti idroelettrici esistenti previste da progetto
2. Relazione tecnica con descrizione dei dati tecnici e delle caratteristiche dell'impianto e degli impianti accessori, dai quali dipendono la costruzione e l'esercizio dell'opera. La relazione deve contenere i calcoli previsti nei seguenti capitoli in modo ricostruibile e completo con le ipotesi di base. Le formule ed i metodi di calcolo adottati devono essere esplicitati. Allo stesso modo in caso di dati territoriali e riferiti all'ambiente naturale devono essere riportate le fonti. La relazione tecnica deve contenere almeno i seguenti capitoli:
 - *Capitolo 1: Descrizione generale del progetto*

Il capitolo fornisce una visione d'insieme del progetto e descrive la motivazione del richiedente.
 - *Capitolo 2: Vincoli esistenti e corrispondenza con i piani di settore*

Descrizione della corrispondenza del progetto con gli obiettivi nei diversi Piani provinciali e comunali nonché della corrispondenza con le indicazioni delle principali disposizioni di legge, in particolare del Piano generale di utilizzazione delle acque pubbliche e del Piano di tutela delle acque. Presa in considerazione di eventuali aree di tutela per l'acqua potabile, parchi naturali e nazionali.
 - *Capitolo 3: geologia, idrogeologia e geotecnica*
 - a. Relazione geologica, geotecnica e sismica secondo NTC/Norme Tecniche per le Costruzioni (Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, Decreto 14 gennaio 2008, aggiornamento delle NTC, Decreto 17 gennaio 2018). Nella relazione deve essere considerata anche la dinamica di trasporto solido del corpo idrico, comprese le indicazioni sulle tendenze di erosione laterale e verticale.
 - b. Verifica del pericolo idrogeologico e della compatibilità idrogeologica (verifica del pericolo e di compatibilità) secondo la DPP del 10 ottobre 2019, n. 23.
 - c. Parere idrogeologico qualora previsto nel relativo piano di tutela dell'acqua potabile.
 - *Capitolo 4: Dati idrologici*

Descrizione e definizione dei bacini imbriferi (valore in km²) dei corsi d'acqua derivati presso le previste opere di presa; descrizione delle caratteristiche di deflusso con rappresentazione grafica dei valori medi mensili e curva delle durate, con indicazione delle fonti utilizzate ovvero documentazione delle misure effettuate. Indicazioni dei Comuni rivieraschi e delle lunghezze delle relative aste fluviali.

Calcolo del valore medio pluriennale della portata minima alla presa ("MJNQ" – valore medio del mese con la portata minima) basato su misurazioni periodiche mediante una persona tecnicamente formata.
 - *Capitolo 5: Portate derivabili e deflusso minimo vitale (DMV) proposto*

Indicazioni dei rispettivi valori medi mensili derivabili, definizione della portata massima derivabile (Q_{max}) tenendo conto di eventuali concessioni di terzi esistenti e delle previste portate residue.
 - *Capitolo 6: Manufatti ed infrastrutture previste*

Descrizione delle opere di presa, dei dissabbiatori, delle condotte, della centrale e delle relative ubicazioni, così come dell'equipaggiamento elettromeccanico; descrizione del meccanismo, necessario per portate medie derivate superiori a 100 l/s, che in caso di accidentali interruzioni della rete elettrica, immette l'acqua nel corso d'acqua alla quota della restituzione, per evitare oscillazioni di portata. Descrizione di connessioni (punto di consegna / punto di presa in consegna) ad impianti esistenti.

Quota del pelo morto superiore e inferiore ad impianto fermo, descrizione del previsto punto di allacciamento alla rete elettrica (lunghezza, tensione, diametro conduttore) e della relativa posa in opera.

➤ *Capitolo 7: Dispositivi di sicurezza previsti*

Descrizione dei dispositivi di sicurezza previsti.

➤ *Capitolo 8: Ritorno economico del progetto previsto*

Attestazione del ritorno economico del progetto previsto con calcolo di massima dei costi dei singoli componenti dell'impianto (per la realizzazione dell'impianto incluse spese tecniche, oneri di allacciamento alla rete, contributi d'indennizzo per l'occupazione di superfici risp. acquisto di superfici, sottensione d'impianti idroelettrici esistenti, spese per misure di mitigazione e compensazione). Per impianti di media derivazione è necessaria l'indicazione dei costi di esercizio previsti nonché la relazione tra costi d'investimento e produzione annuale.

3. Analisi ecologica

L'analisi ecologica deve dimostrare, che l'impianto idroelettrico progettato risulta compatibile con le specifiche del Piano generale di utilizzazione delle acque pubbliche e del Piano di tutela delle acque e descrive gli effetti del progetto previsto sull'ambiente in generale e nello specifico sullo stato di qualità del corso d'acqua. L'analisi ecologica e la relazione tecnica devono essere coerenti tra di loro e non possono discostarsi nei punti essenziali (Deflusso minimo vitale, provvedimenti di mitigazione e di compensazione). In caso contrario il progetto viene archiviato.

Secondo le disposizioni di legge (PGUAP, parte III, art. 38) per le nuove derivazioni a partire da 100 l/s di portata derivata media è prescritto uno studio limnologico, risp. un'analisi ecologica. Nel caso di corsi d'acqua di elevato valore naturalistico o con uno stato ecologico particolarmente sensibile, può essere prescritta anche per derivazioni di quantità d'acqua medie inferiori. I corsi d'acqua di riferimento sono per definizione corsi d'acqua ad elevato valore naturalistico.

Corsi d'acqua con bacino imbrifero inferiore a 10 km² sono da vedere con un valore naturalistico particolarmente elevato risp. con stato ecologico particolarmente sensibile (stato molto buono).

Solamente in casi eccezionali motivati dal punto di vista dell'ecologia delle acque e per le piccole derivazioni per la produzione di energia elettrica che servono esclusivamente all'autoconsumo di malghe e rifugi e che prevedono solo una derivazione limitata nel tempo, può essere presentata un'analisi ecologica semplificata. Una tale analisi semplificata contiene una descrizione degli effetti del progetto previsto e dello stato idromorfologico del progetto.

➤ *Parte sull'ecologia delle acque*

Descrizione dello stato ecologico e chimico del tratto di corso d'acqua interessato sulla base della metodologia vigente, nonché degli effetti del progetto previsto sullo stato qualitativo del corso d'acqua e determinazione, su questa base, della portata residua necessaria per mantenere lo stato qualitativo del corso d'acqua.

In dettaglio:

- Caratteristiche idrologiche del bacino idrografico (regime di deflusso naturale) con calcolo dell'indice IARI ante e post operam;
- Sulla base dei contenuti del capitolo 3, "geologia", vengono analizzate le caratteristiche morfologiche dell'alveo (larghezza, pendenza, distribuzione granulometrica), le peculiarità del trasporto di materiale, possibili tratti d'infiltrazione con riduzione del deflusso. Inoltre, viene calcolato l'indice IQM ante e post operam;
- stato di qualità ecologica del corpo idrico con analisi dei parametri biologici (diatomee, macrozoobenthos) e dei pesci (qualora acque da pesca lo stato qualitativo e quantitativo) e dei parametri chimico-fisici di supporto (LIMeco);
- ulteriori parametri chimici, sostanze nocive specifiche e sostanze prioritarie devono essere rilevati, in caso di un esistente inquinamento, ai sensi del Piano di tutela delle acque in accordo con gli Uffici competenti;
- qualità naturalistica degli habitat e delle comunità viventi esistenti nel corso d'acqua e nell'area ripariale;

- Proposte per la portata residua, la portata media e massima derivabile con la corrispondente fase di sfioro rispettivamente dinamizzazione;
- Effetti del progetto previsto sulle componenti biotiche e abiotiche dell'ecosistema del corso d'acqua, sulla base delle indagini sullo stato attuale (ad esempio, hydropeaking, trasposto solido, eventuali scarichi di acque reflue esistenti);
- per i corpi idrici classificati come corpi idrici potenzialmente sensibili con criterio "I" del Piano di tutela delle acque, deve essere dimostrato che si verificherà una razionalizzazione degli usi esistenti ai sensi dei requisiti del Piano di Tutela delle Acque e che quindi si raggiungerà un bilancio ecologico positivo;
- per i corpi idrici con stato ecologico molto buono o obiettivo ecologico molto buono, si deve dimostrare che lo stato ecologico molto buono può essere mantenuto o che è ancora possibile raggiungere l'obiettivo ambientale richiesto;
- Descrizione della gestione del trasporto solido alla presa e modalità di funzionamento degli impianti di dissabbiamento (ai sensi dell'art. 48 del D.P.P. n. 6/2008);
- Descrizione del programma di monitoraggio per i primi cinque anni di funzionamento dell'impianto al fine di verificare le dichiarazioni e le previsioni ecologiche. I risultati delle indagini di follow-up possono influenzare o modificare in modo decisivo le condizioni di esercizio dell'impianto qualora non venisse raggiunto l'obiettivo ambientale definito.

➤ *Parte di ecologia del sito*

- Descrizione degli effetti
Gli effetti sul paesaggio e sull'ecologia del sito delle strutture necessarie devono essere elencati con informazioni precise sul consumo di suolo e di habitat e sugli effetti ecologici risultanti.

Sulla base della valutazione ecologica del corso d'acqua e del sito, l'analisi ecologica comprende le misure di mitigazione e compensazione ai sensi dell'art. 27 del Piano generale di utilizzazione delle acque pubbliche, con informazioni sulla loro fattibilità (mappa d'insieme, prova giuridicamente vincolante della disponibilità del terreno), sul programma temporale di attuazione e sulla stima dei costi.

Quali misure di mitigazione sono da contemplare quelle già prescritte dalla legge per mitigare l'intervento del progetto (ad esempio, la portata residua, il mantenimento della continuità delle comunità viventi esistenti e del trasporto solido). Le misure compensative devono compensare adeguatamente i deficit ecologici inevitabili. Queste misure di compensazione devono essere quantificate economicamente.

➤ *Documenti da allegare*

- ◆ Allegato 1: concessioni d'acqua esistenti nel tratto derivato interessato;
- ◆ Allegato 2: elenco delle particelle interessate e dei rispettivi proprietari, indicazione dei manufatti previsti sulle stesse;
- ◆ Allegato 3: modulo per la procedura di approvazione cumulativa (vedi pagine web dell'Agenzia provinciale per l'ambiente e tutela del clima).
- ◆ Allegato 4: studio ambientale preliminare per progetti assoggettati alla valutazione d'impatto ambientale di competenza Statale (art. 19, comma 9, così come allegato IV alla parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006 n. 152 e.s.m.)
- ◆ Allegato 5: tratti dei corpi idrici che vengono sfruttati da derivazioni non dissipative

4. Elaborati grafici di progetto richiesti

Tabella D. Elaborati grafici di progetto richiesti per progetti da presentare (promotore)

Descrizione contenuto	Ambito di scala	Osservazione
Corografia con bacini imbriferi relativi alle previste opere di presa; Indicazione delle ubicazioni relative alle opere di presa, condotte, centrale e restituzione.	1:5.000 – 1:25.000	Inclusa rappresentazione di vincoli (piani paesaggistici, piano regolatore, confini parchi naturali, ecc.) mediante carta base od ortofoto (1:5.000 – 1:10.000)
Planimetria generale con ubicazione delle opere di presa,	1:1.000 – 1:2.500	Inclusa rappresentazione delle concessioni d'acqua di terzi

dissabbiatori, condotte, centrale e restituzione.		
---	--	--

In presenza di documentazione incompleta il concorrente interessato viene invitato una sola volta a presentare le integrazioni mancanti, altrimenti la domanda viene archiviata.

5.2 Progetti concorrenti e completamento della domanda del promotore

5.2.1 Presentazione di domande in concorrenza

Dal momento della pubblicazione gli interessati hanno la possibilità, secondo l'art. 4, comma 1, della Legge, di un periodo di 120 giorni al fine di presentare progetti concorrenti. I progetti concorrenti sono da presentare completi, corrispondenti al punto 5.2.2. Il promotore ha invece la possibilità di integrare la sua domanda durante il periodo di concorrenza oppure di presentare un nuovo progetto come concorrente.

Qualora il richiedente volesse rinunciare a singoli documenti, elaborati grafici o singoli capitoli della relazione tecnica richiesti dalla presente linea guida, il tecnico abilitato dello specifico settore deve motivare la scelta.

Il progetto deve essere ricostruibile e basarsi su dati fondati.

5.2.2 Documenti necessari

La documentazione di progetto deve essere presentata in forma digitale e comprende:

1. Modulo A.3 compilato con i dati generali del richiedente e con i dati di progetto rilevanti dal punto di vista della concessione e solamente nel caso di medie derivazioni anche il modulo A.9 (offerta per i fondi di compensazione). Nel modulo A.3 devono anche essere indicate eventuali sottensioni di impianti idroelettrici esistenti previste da progetto.
2. Relazione tecnica con descrizione dei dati tecnici e delle caratteristiche dell'opera e degli impianti accessori, dai quali dipendono la costruzione e l'esercizio dell'opera. La relazione deve contenere i calcoli previsti nei seguenti capitoli in modo ricostruibile e completi con le ipotesi di base. Le formule ed i metodi di calcolo adottati devono essere esplicitati. Allo stesso modo in caso di dati territoriali e riferiti all'ambiente naturale devono essere riportate le fonti. La relazione tecnica deve contenere almeno i seguenti capitoli:

➤ *Capitolo 1: Descrizione generale del progetto*

Il capitolo fornisce una visione d'insieme del progetto e descrive la motivazione del richiedente.

➤ *Capitolo 2: Vincoli esistenti e corrispondenza con i piani di settore*

Descrizione della corrispondenza del progetto con gli obiettivi nei diversi Piani provinciali e comunali nonché della corrispondenza con le indicazioni delle principali disposizioni di legge, in particolare del Piano generale di utilizzazione delle acque pubbliche e del Piano di tutela delle acque. Presa in considerazione di eventuali aree di tutela per l'acqua potabile, parchi naturali e nazionali.

Qualora sia prevista la realizzazione di un serbatoio sono da rispettare le seguenti competenze amministrative e basi normative:

- a. Stato - grandi dighe: altezza sbarramento sopra 15 m oppure con volume d'invaso superiore ad 1 milione di m³ (DPR 1° novembre 1959, n. 1363);
- b. Provincia - piccole dighe: altezza sbarramento sotto 15 m e volume d'invaso da 5.000 m³ a 1 milione m³ (LP 14 dicembre 1990 n. 21);
- c. Comuni - piccole dighe sotto i 5000 m³ d'invaso;
Ulteriori norme tecniche di riferimento:
- d. altezza superiore a 10 m o volume di invaso superiore ai 100.000 m³ si applica DM 26.06.2014 sia per grandi sia per piccole dighe

- e. per piccole dighe può essere coinvolto l'Ufficio Idrologia e Dighe secondo la LP 14 dicembre 1990 n. 21
- **Capitolo 3: geologia, idrogeologia e geotecnica**
 - a. Relazione geologica, geotecnica e sismica secondo NTC/Norme Tecniche per le Costruzioni (Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, Decreto 14 gennaio 2008, aggiornamento delle NTC, Decreto 17 gennaio 2018). Nella relazione deve essere considerata anche la dinamica di trasporto solido del corpo idrico, comprese le indicazioni sulle tendenze di erosione laterale e verticale.
 - b. Verifica del pericolo idrogeologico e della compatibilità idrogeologica (verifica del pericolo e di compatibilità) secondo la DPGP del 10 ottobre 2019, n. 23
 - c. Parere idrogeologico qualora previsto in zone di tutela dell'acqua potabile
 - **Capitolo 4: Dati idrologici**

Descrizione e definizione dei bacini imbriferi (valore in km²) dei corsi d'acqua da derivare secondo progetto presso le previste opere di presa; descrizione delle caratteristiche di deflusso con rappresentazione grafica dei valori medi mensili e curva delle durate, con indicazione delle fonti utilizzate ovvero documentazione delle misure effettuate. Indicazioni dei Comuni rivieraschi e delle lunghezze delle relative aste fluviali.

Calcolo del valore medio pluriennale della portata minima alla presa ("MJNQ" – valore medio del mese con la portata minima) basato su misurazioni periodiche effettuate da una persona tecnicamente formata
 - **Capitolo 5: Portate derivabili e deflusso minimo vitale (DMV) proposto**

Indicazioni dei rispettivi valori medi mensili derivabili, definizione della portata massima derivabile (Q_{max}) tenendo conto di eventuali concessioni di terzi esistenti e delle previste portate residue.
 - **Capitolo 6: Opere di presa e dissabbiatori previsti**

Dimensionamento idraulico plausibile della presa e del dissabbiatore, quota del pelo morto superiore ad impianto fermo, dimensionamento dei dispositivi per il rilascio del DMV e del dispositivo per la limitazione della portata massima derivabile, descrizione dei cicli di spurgo del dissabbiatore così come degli organi di chiusura e regolazione (paratoie, valvole, ecc.), dispositivi di sicurezza previsti.

La presa tipo Coanda, oppure griglia tirolese che per motivi funzionali è paragonabile ad un'opera simile alla briglia, non deve modificare in modo aggravante la pendenza e la sezione del corso d'acqua e deve adattarsi alla sua morfologia.
 - **Capitolo 7: Condotte**

Descrizione del percorso, analisi dettagliata dei passaggi potenzialmente critici (attraversamenti di corsi d'acqua, zone a rischio, attraversamenti di zone abitate e di strade, ecc.), descrizione e caratterizzazione geologica del terreno di costruzione, materiali previsti per le condotte, dimensionamento del pozzo piezometrico (qualora previsto), calcolo del colpo d'ariete, dimensionamento dei diametri delle condotte con indicazione dei coefficienti di scabrezza adottati e della linea dei carichi totali a portata massima, dispositivi di sicurezza (ad. es. organo di chiusura che, in caso di rottura della condotta, interrompe automaticamente il flusso d'acqua, sistema differenziale di misura della velocità, ecc.).

Descrizione del meccanismo, necessario per portate medie derivate superiori a 100 l/s, che in caso di accidentali interruzioni della rete elettrica, immette l'acqua nel corso d'acqua alla quota della restituzione, per evitare oscillazioni di portata.

Descrizione della connessione (punto di consegna / punto di presa in consegna) ad altre utenze d'acqua esistenti.
 - **Capitolo 8: Centrale**

Caratteristiche geologiche/geotecniche del terreno di costruzione, descrizione dell'edificio e del concetto architettonico, apparecchiature previste (ad. es. gru, ecc.), distanze dagli edifici adiacenti, dati in merito alla coibentazione acustica, descrizione di un possibile allacciamento viario della centrale con esatta descrizione delle necessarie opere accessorie, opera di restituzione.
 - **Capitolo 9: Equipaggiamento elettromeccanico, rendimento complessivo con la portata massima turbinabile.**

Calcoli plausibili e descrizione per la scelta della turbina così come indicazione dei gradi di rendimento adottati per le turbine, generatori, trasformatori e condotte (perdita di carico percentuale) così come descrizione dell'impianto per l'autoconsumo. η_{tot} = rendimento complessivo = $\eta_{turb} * \eta_{gen} * \eta_{trasf} * \eta_{cond}$

- **Capitolo 10: Il controllo dell'impianto nonché l'analisi dei rischi (secondo DGP n. 221/2019), dispositivi di sicurezza e misure di sicurezza (procedure)**
Elaborazione di un'analisi dei rischi per l'impianto in progetto con descrizione dei rischi generati dall'impianto nei confronti di persone e cose nonché quantificazione del relativo rischio con conseguente valutazione delle corrispondenti misure di sicurezza. Descrizione del controllo e della regolazione dell'impianto (apparecchiature di misurazione, controllo, protezione e regolazione), descrizione delle apparecchiature di sicurezza per impianti elettrici, pulsanti d'emergenza previsti dalla Direttiva Macchine, dispositivi di sicurezza in caso di allagamento della centrale, ecc.
- **Capitolo 11: Impianto di media tensione**
Descrizione tecnica e indicazione dei dati principali.
- **Capitolo 12: Collegamento alla rete**
Descrizione del previsto punto di connessione, delle linee necessarie (lunghezza, tensione, sezione del conduttore) e della loro posa.
- **Capitolo 13: Valutazione del rischio in caso di piena ed il potenziale rischio legato all'ambiente**
In questo capitolo bisogna affrontare l'aspetto della sicurezza in caso di piena:
Nel calcolo dei deflussi di piena è da tenere in conto il trasporto solido di rii e torrenti.
Captazioni al di fuori di aree d'insediamento: l'impianto deve essere in grado di smaltire, senza subire danni, una portata di piena centennale (HQ100) con un franco di 1 metro. Con risanamenti di opere esistenti fuori dalle aree d'insediamento, in via eccezionale, può essere accettata una sezione di deflusso minore, sempre che non siano da prevedere danni rilevanti al di sotto della derivazione.
Opere di presa in aree d'insediamento: l'impianto deve essere in grado di smaltire, senza subire danni, una portata di piena centennale (HQ100) con un franco di 1 metro. Inoltre, deve essere presentata la prova che una portata trecentennale (HQ300) possa essere smaltita senza danni.
Opere di presa con paratoia mobile (paratoia a ventola, paratoia gonfiabile, ecc.): l'impianto deve essere in grado di smaltire, con paratoia alzata al suo massimo, senza subire danni, una portata di piena centennale con un franco di 1 metro. Inoltre, l'impianto deve smaltire, con la paratoia abbassata, una portata trecentennale (HQ300), senza subire danni.
È da effettuare un'analisi e valutazione di possibili conflitti delle infrastrutture progettate con pericoli naturali e la valutazione degli effetti nei confronti di terzi in caso di evento. Ciò può avvenire tramite piani delle zone a rischio già autorizzati oppure tramite il parere da parte di un esperto del settore. In ogni caso sono da rappresentare le misure attuabili per garantire la sicurezza.
- **Capitolo 14: Fase costruttiva**
Indicazioni per l'allestimento ecocompatibile della fase costruttiva e gestione del cantiere.
- **Capitolo 15: Manutenzioni previste durante la fase di esercizio**
Descrizione dei previsti lavori di manutenzione alle prese, condotte, dispositivi di sicurezza ed all'equipaggiamento elettromeccanico, indicazione della durata della messa fuori esercizio, qualora necessaria.
- **Capitolo 16: Ritorno economico del progetto previsto**
Attestazione del ritorno economico del progetto previsto con calcolo di massima dei costi delle diverse parti d'impianto (per la realizzazione dell'impianto incluse spese tecniche, oneri di allacciamento alla rete, contributi d'indennizzo per l'occupazione di superfici risp. acquisto di superfici, sottensione di impianti idroelettrici esistenti, spese per misure di mitigazione). Per impianti di medie derivazioni è necessaria l'indicazione dei costi di esercizio previsti nonché la relazione tra costi d'investimento e produzione annuale.
- **Capitolo 17: Fabbisogno dell'energia in caso di impianti per autoconsumo**
a) Ai sensi della LP 2/2015, art. 23/bis, prima parte: "Nel procedimento per il rilascio di concessioni per piccole derivazioni d'acqua a scopo di produzione elettrica, che servano esclusivamente all'approvvigionamento elettrico per autoconsumo di malghe e rifugi, per i

quali non sia altrimenti possibile un allacciamento economico e vantaggioso alla rete elettrica, non si applicano gli articoli 4 e 9”.

È da presentare un elenco delle apparecchiature elettriche necessarie. In caso di centrali idroelettriche per autoconsumo di rifugi, malghe, masi di montagna e strutture abitative ai sensi dell’art. 16, comma 2, lett. a) del PGUAP è da allegare un preventivo del locale gestore della rete elettrica per la realizzazione dell’allacciamento elettrico con indicazione delle possibili connessioni alla rete pubblica.

Il fabbisogno massimo verrà moltiplicato per un fattore di contemporaneità pari a:

Fattore di contemporaneità 0,6 per un fabbisogno massimo < 20 kW

Fattore di contemporaneità 0,5 per un fabbisogno massimo ≥ 20 kW e < 50 kW

Fattore di contemporaneità 0,4 per un fabbisogno massimo ≥ 50 kW

- b) Ai sensi della LP 2/2015, art. 23/bis, seconda parte:” *Gli articoli 4 e 9 non si applicano altresì al rilascio di concessioni per piccole derivazioni idroelettriche fino a un massimo di 50 kW per il fabbisogno domestico di masi di montagna con più di 40 punti di svantaggio e di alpeggi gestiti in proprio, anche se allacciati alla rete elettrica pubblica, ove la produzione oltre l’autoconsumo può essere immessa in rete. La potenza nominale media annua viene stabilita sulla base dei costi comprovati del fabbisogno di energia elettrica nell’uso agricolo e del fabbisogno abitativo del conduttore dell’azienda degli ultimi due anni, aggiungendo gli investimenti previsti per i successivi due anni limitatamente all’esercizio di attività in agricoltura con effetti sul consumo di energia elettrica nella misura massima del 10 per cento dei comprovati costi per l’energia elettrica degli ultimi due anni”.*

“Fascicolo aziendale (SIAF)” per l’attestazione dei punti di svantaggio.

Per queste domande, sono richiesti in via eccezionale, solamente la relazione tecnica con i dati tecnici e le caratteristiche dell’impianto nonché una descrizione ecologica del corso d’acqua interessato”.

La regolamentazione ai sensi del punto b) vale anche per domande di approvvigionamento idroelettrico di masi di montagna in condizioni estreme ai sensi dell’art. 16, comma 2, lettera a), ultimo capoverso, del Piano generale di utilizzazione delle acque pubbliche.

3. Analisi ecologica – vedasi sottoparagrafo 5.1.2, punto 3

In caso di impianti per la copertura dell’autoconsumo, ai sensi del soprastante capitolo 17 della relazione tecnica, può essere presentata un’analisi ecologica semplificata.

➤ Documenti da allegare

- ◆ Allegato 1: concessioni d’acqua esistenti nel tratto derivato interessato;
- ◆ Allegato 2: elenco delle particelle interessate e dei rispettivi proprietari, indicazione dei manufatti previsti sulle stesse;
- ◆ Allegato 3: modulo per la procedura di approvazione cumulativa (vedi pagine web dell’Agenzia provinciale per l’ambiente e tutela del clima).
- ◆ Allegato 4: studio ambientale preliminare per progetti assoggettati alla valutazione d’impatto ambientale di competenza Statale (art. 19, comma 9, così come allegato IV alla parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006 n. 152 e.s.m.).
- ◆ Allegato 5: tratti dei corpi idrici che vengono sfruttati da derivazioni non dissipative.

4. Elaborati grafici di progetto richiesti

Tabella E. Quadro dei documenti di progetto da allegare per il progetto definitivo (richieste minime)

Definizione - contenuto	Scala (indicativa)	Osservazione
Corografia con bacino imbrifero alla presa d'acqua con indicazione della posizione dell'opera di presa, dissabbiatore, condotte, pozzo piezometrico, centrale, restituzione. Indicazione di tutti gli attraversamenti (torrente, strada, ferrovia, ecc.)	1:5.000 – 1:25.000	Inclusa raffigurazione dei vincoli (piani paesaggistici, piani urbanistici, confini dei parchi naturali, ecc.), carta tecnica o ortofoto oppure entrambi
Planimetria dell'opera di presa, dissabbiatore, condotte, pozzo piezometrico, centrale, restituzione.	1:1.000 – 1:2.500	Inclusa rappresentazione delle concessioni d'acqua di terzi
Planimetria delle indagini geologiche e geotecniche	1:500 – 1:5.000	Inclusa rappresentazione del progetto / provvedimenti costruttivi
Carta geologica / geomorfologica / idrogeologica	1:500 – 1:10.000	Inclusa rappresentazione del progetto / provvedimenti costruttivi
Sezioni geologiche e geotecniche rilevanti	1:200 – 1:1.000	Inclusa rappresentazione del progetto / provvedimenti costruttivi
Mappa catastale con indicazione delle componenti dell'impianto	1:1.000 – 1:2.500	
Planimetria di dettaglio dell'opera di presa e del dissabbiatore	1:200 – 1:1.000	inclusa rappresentazione delle nuove strade permanenti di accesso da realizzare. Rappresentazione di collegamenti con opere di derivazione esistenti (punto di consegna/di presa in consegna)
Pianta dell'opera di presa e del dissabbiatore, dettagli	1:50 - 1:200	Disegni dettagliati dei dispositivi per il rilascio del deflusso minimo vitale, rappresentazione di collegamenti con opere di derivazione esistenti (punto di consegna/di presa in consegna)
Sezioni dell'opera di presa e del dissabbiatore, dettagli	1:50 - 1:200	Sezioni dell'opera di presa con necessari lavori di adattamento al corso d'acqua; sezione longitudinale dell'opera di presa e del dissabbiatore con indicazione del livello dell'acqua (per Q_{min} e Q_{max} derivati); Quota del pelo morto superiore ad impianto fermo inclusa indicazione dei livelli della portata di piena. Disegni dettagliati dei dispositivi per il rilascio del deflusso minimo vitale, rappresentazione di collegamenti con opere di derivazione esistenti (punto di consegna/di presa in consegna)
Planimetria dettagliata, pianta e sezioni della scala per pesci (qualora prevista)	1:50 – 1:200	La scala per pesci è da prevedere qualora necessaria e da

Definizione - contenuto	Scala (indicativa)	Osservazione
		progettare sulla base delle esigenze ecologiche dell'ittiofauna.
Rappresentazione dell'integrazione nel terreno dell'opera di presa / dissabbiatore (anche in relazione ad altri elaborati)	1:100	Prospetti e sezioni
Planimetria condotte	1:1.000 – 1:2.500	Rappresentazione sulla mappa catastale, indicazione fascia di rispetto delle acque correnti. Rappresentazione di collegamenti con opere di derivazione esistenti (punto di consegna/di presa in consegna)
Profilo longitudinale condotte	1:1.000 – 1:5.000	Rappresentazione p_{stat} , p_{din} (con Q_{max}) e p_{colpo} d'ariete
Sezioni tipo condotte	1:20 – 1:50	
Pianta e sezioni del bypass intorno alla turbina per derivazioni d'acqua > 100 l/s (qualora necessario)	1:50 – 1:200	per la deviazione dell'acqua in caso d'interruzioni improvvise della rete elettrica
Planimetria dettagliata della centrale incl. cabina di consegna (se realizzata presso la centrale, altrimenti propri piani per la cabina di consegna)	1:200 – 1:1.000	inclusa indicazione delle nuove strade di accesso permanenti da realizzare
Pianta della centrale	1:100 – 1:500	Planimetria di eventuali strade di pertinenza, opere artificiali, opera di restituzione
Sezioni centrale	1:100 – 1:500	Sezioni per eventuali strade di pertinenza, opere artificiali, opera di restituzione. Rappresentazione della quota del pelo morto inferiore ad impianto fermo
Prospetti della centrale	1:100	Aspetti di tutela del paesaggio
Disegni dettagliati di attraversamenti fluviali, opere di restituzione, attraversamenti stradali, ecc.	1:100	
Schema elettrico d'insieme		Schema elettrico unifilare

5.3 Domande per concessioni idroelettriche su condotte per acqua potabile esistenti < 220 kW ai sensi dell'articolo 23-ter della Legge

Per domande per la produzione di energia elettrica mediante impianti idroelettrici su condotte per acqua potabile viene applicata la procedura semplificata di seguito definita con una durata massima di 180 giorni. I passaggi procedurali definiti agli art. 4 (domande concorrenti) e 9 (valutazione) della Legge vengono saltati.

Secondo l'art. 14, comma 7, del PGUAP e secondo l'art. 38, comma 12, lettera i) del Piano di tutela delle acque, per lo sfruttamento del potenziale idroelettrico nell'ambito delle reti di approvvigionamento di acqua potabile, il potenziale idroelettrico può essere sfruttato se esistono condizioni tecniche ed economiche favorevoli. Non possono essere superate le portate concesionate per l'uso potabile. Le portate concesionate devono corrispondere ai valori unitari di fabbisogni riportati all'art. 14 comma 1 del PGUAP (rilevamento del fabbisogno). Inoltre, il sistema di immagazzinamento dell'acqua captata deve essere predisposto in modo tale che la quantità in esubero sia rilasciata direttamente alla sorgente.

La domanda di concessione viene presentata solamente con il modulo A.4 compilato e con la documentazione semplificata definita in questo capitolo. In caso di documentazione incompleta il richiedente viene invitato entro una scadenza definita una sola volta a presentare integrazioni a pena di archiviazione della domanda.

Qualora una nuova utenza preveda l'utilizzo di opere di presa e derivazione oppure parte dell'acqua di una utenza preesistente devono essere stabilite le cautele per la coesistenza ed il compenso che il nuovo utente deve corrispondere all'utenza preesistente, ai sensi dell'art. 47 del R.D. n. 1775/1933. Il progetto deve essere dettagliato, ricostruibile e basarsi su dati fondati.

Documenti da presentare:

1. modulo A.4 compilato.
2. relazione tecnica con i seguenti capitoli:
 - *Capitolo 1: descrizione generale del progetto*
Dati di concessione della esistente concessione idropotabile. Attestazione attuale del fabbisogno della concessione secondo l'articolo 14, comma 1 del PGUAP.
 - *Capitolo 2: descrizione tecnica di sorgenti, pozzetto di raccolta e della condotta forzata.*
Descrizione tecnica, planimetria, piante e sezioni della presa, pozzetto di raccolta e condotta forzata, con la quota del pelo morto superiore ad impianto fermo. Rappresentazione delle linee di pressione, statica, dinamica e del colpo d'ariete lungo la condotta.
 - *Capitolo 3: descrizione tecnica della centrale di produzione*
Descrizione tecnica con planimetria, piante e sezioni con quota del pelo morto inferiore ad impianto fermo.
In caso di nuova costruzione della centrale di produzione: concetto architettonico, eventuali provvedimenti di allacciamento ed eventuali necessarie opere artificiali così come parere geologico e geotecnico qualora queste interferiscano con il sottosuolo. Viene fatto presente, che devono essere rispettate le NTC/Norme Tecniche per le Costruzioni (Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, Decreto 14 gennaio 2008, aggiornamento delle NTC, Decreto 17 gennaio 2018)
 - *Capitolo 4: descrizione tecnica della consegna al serbatoio/rete di distribuzione potabile*
Descrizione tecnica, planimetria, pianta e sezioni della consegna d'acqua, rappresentazione del by-pass intorno alla turbina.
 - *Capitolo 5: descrizione tecnica dell'apparecchiatura elettromeccanica e installazioni di sicurezza e misure preventive*
Calcoli ricostruibili e descrizione per la scelta della turbina, indicazione dei rendimenti delle condotte, turbine, generatori e trasformatori e descrizione dell'impianto per autoconsumo così come dell'allacciamento alla rete elettrica pubblica.
 - *Capitolo 6: Registro di gestione per assicurare la qualità dell'acqua potabile*
Descrizione dei provvedimenti e delle misure necessarie per assicurare la qualità dell'acqua potabile durante la costruzione, l'esercizio e la manutenzione dell'impianto idroelettrico.
 - *Capitolo 7: analisi del rischio*
Questa deve essere presentata secondo la DGP n. 221/2019
 - *Documenti da allegare*
 - ◆ Allegato 1: Modulo per la procedura di approvazione cumulativa (vedi pagine web dell'Agenzia provinciale per l'ambiente e tutela del clima).
 - ◆ Allegato 2: elenco delle particelle interessate e dei rispettivi proprietari, indicazione dei manufatti previsti sulle stesse;

Osservazione: la scadenza della nuova concessione a scopo idroelettrico viene stabilita contemporaneamente a quella dell'esistente concessione a scopo potabile.

5.4 Domande di concessione per produzione idroelettrica su impianti irrigui o d'innervamento esistenti < 220 kW ai sensi dell'articolo 23-ter della Legge

Per domande per la produzione di energia elettrica mediante impianti idroelettrici su condotte irrigue o d'innervamento esistenti viene applicata secondo l'art. 23-ter della Legge la procedura semplificata di seguito definita con una durata massima di 180 giorni. I passaggi procedurali definiti agli art. 4 (domande concorrenti) e 9 (valutazione) vengono saltati.

Ai sensi dell'art. 15, comma 9 o dell'art. 18, comma 6 della Parte 3 del Piano generale di utilizzazione delle acque, il potenziale idroelettrico esistente può essere utilizzato nell'ambito della concessione idrica esistente in termini di quantità d'acqua e periodo di derivazione. Questo tipo di impianto prevede un utilizzo in serie della risorsa idrica, il che significa che la stessa goccia d'acqua utilizzata per scopi idroelettrici viene utilizzata anche per l'irrigazione/innervamento.

La domanda di concessione viene presentata con il modulo A.5 compilato e la relazione tecnica con i dati tecnici e le caratteristiche dell'impianto. In caso di documentazione incompleta il richiedente viene invitato una sola volta a presentare integrazioni a pena di archiviazione della domanda.

Qualora una nuova utenza preveda l'utilizzo di opere di presa e derivazione oppure parte dell'acqua di una utenza preesistente devono essere stabilite le cautele per la coesistenza ed il compenso che il nuovo utente deve corrispondere all'utenza preesistente, ai sensi dell'art. 47 del R.D. n. 1775/1933. Il progetto deve essere ricostruibile e basarsi su dati fondati.

Qualora invece in una concessione esistente a scopo irriguo o d'innervamento vengano modificati gli essenziali parametri di concessione (periodo di utilizzo, portate d'acqua e quote di presa e di restituzione) mediante l'ulteriore produzione di energia, si deve effettuare la procedura ordinaria ai sensi del paragrafo 5.2 e per quanto attiene le prescrizioni per il deflusso minimo vitale valgono le disposizioni ai sensi della tabella 19 del PGUAP.

Documenti da presentare: secondo l'art. 23/ter della legge è da presentare solamente la relazione tecnica con i dati tecnici e le caratteristiche dell'impianto.

Sono pertanto da presentare:

1. modulo A.5 compilato.
2. Relazione tecnica con i seguenti capitoli:
 - *Capitolo 1: descrizione generale del progetto*
Dati di concessione delle esistenti concessioni irrigue/d'innervamento. Attestazione attuale del fabbisogno della concessione irrigua o per innervamento secondo l'articolo 15 (irriguo) ovvero 18 (innervamento) del PGUAP.
 - *Capitolo 2: descrizione tecnica delle opere di presa con dissabbiatore e condotta forzata*
Descrizione tecnica, planimetria, pianta e sezioni della presa e dispositivi per il rilascio del DMV, dissabbiatore e condotta forzata. Quota del pelo morto superiore ad impianto fermo. Rappresentazione delle linee di pressione, statica, dinamica e del colpo d'ariete lungo la condotta.
 - *Capitolo 3: descrizione tecnica della centrale di produzione*
Descrizione tecnica con planimetria, piante e sezioni. Quota del pelo morto inferiore ad impianto fermo. In caso di nuova costruzione della centrale di produzione: concetto architettonico, eventuali provvedimenti di allacciamento ed eventuali necessarie opere artificiali così come parere geologico e geotecnico qualora queste interferiscano con il sottosuolo. Viene fatto presente, che devono essere rispettate le NTC/Norme Tecniche per le Costruzioni (Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, Decreto 14 gennaio 2008, aggiornamento delle NTC, Decreto 17 gennaio 2018)
 - *Capitolo 4: descrizione tecnica dell'apparecchiatura elettromeccanica e installazioni di sicurezza e misure preventive*
Calcoli ricostruibili e descrizione per la scelta della turbina, indicazione dei rendimenti delle condotte, turbine, generatori e trasformatori e descrizione dell'impianto per autoconsumo così come dell'allacciamento alla rete elettrica pubblica.
 - *Capitolo 5: caratteristiche della consegna a serbatoi, qualora esistenti od in progetto*

Descrizione tecnica, planimetria, pianta e sezioni, particella fondiaria e quota della consegna dell'acqua.

➤ Capitolo 6: analisi del rischio

questa deve essere presentata secondo la DGP n. 221/2019

➤ Allegato:

- ◆ Allegato 1: Modulo per la procedura di approvazione cumulativa (vedasi pagine internet dell'Agenzia per l'ambiente e la tutela del clima);
- ◆ Allegato 2: elenco delle particelle interessate e dei rispettivi proprietari, indicazione dei manufatti previsti sulle stesse;

Osservazione: la scadenza della nuova concessione a scopo idroelettrico viene adeguata a quella dell'esistente concessione irrigua/d'innervamento ai sensi dell'art. 16 comma 3 della Legge.

5.5 Domande di concessione per derivazioni da opere trasversali

L'utilizzo idroelettrico non è consentito sulle opere trasversali esistenti ai sensi dell'art. 38, comma 11, del Piano di Tutela delle acque.

5.6 Domanda per lievi modifiche

Le domande per lievi modifiche vengono presentate ai sensi dell'articolo 19 della Legge.

La documentazione di progetto deve essere presentata in forma digitale e comprende:

1. Modulo A.2 compilato solo per la parte relativa alla lieve modifica pianificata.
2. Relazione tecnica ai sensi del sottoparagrafo 5.2.2 con descrizione delle lievi modifiche pianificate. Nella relazione deve essere indicato se l'impianto idroelettrico è in fase di costruzione o di esercizio.
3. Elaborati grafici relativi alle lievi modifiche pianificate secondo la tabella 2.
 - Documenti da allegare:
 - ◆ Allegato 1: elenco delle particelle interessate e dei rispettivi proprietari, indicazione dei manufatti previsti sulle stesse;
 - ◆ Allegato 2: Modulo per la procedura di approvazione cumulativa (vedasi pagine internet dell'Agenzia per l'ambiente e la tutela del clima).

6. Fondi di compensazione destinati a favore della collettività per domande di medie derivazioni

In caso di domande per nuove medie derivazioni va presentata, ai sensi dell'art. 3, comma 1 della Legge, anche un'offerta per i fondi di compensazione destinati a favore della collettività.

Il calcolo dei fondi di compensazione da corrispondere annualmente si compone di due importi distinti:

- un importo fisso;
- un importo variabile, stabilito in sede di offerta.

Per tener conto delle oscillazioni del prezzo della corrente, i due importi vengono fissati in dipendenza dalla media annua del prezzo dell'energia secondo il valore del PUN medio annuo (Prezzo Unico Nazionale) relativo all'anno precedente, ai sensi della pubblicazione del Gestore Mercato Energetico (GME).

L'**importo fisso** si ottiene moltiplicando una quota pari al 60 per cento del valore della media annua del prezzo dell'energia PUN (Prezzo Unico Nazionale) dell'anno precedente, riportato in Euro/MWh, moltiplicato per il valore della potenza nominale media annua dell'impianto, indicata in kW. Tale importo viene determinato per ogni anno solare per l'intera durata della concessione. Il valore così calcolato in euro si riferisce alle dimensioni dell'impianto e quindi al potenziale di produzione previsto.

Formula di calcolo importo fisso:

$0,6 * PUN \text{ medio annuo dell'anno precedente [Euro/MWh]} * Potenza \text{ nominale media annua [kW]}$

Anche l'importo variabile dei fondi di compensazione viene calcolato tutti gli anni e si riferisce alla prevista produzione annua ed al PUN medio annuo dell'anno precedente. Nella sua offerta il richiedente indica la percentuale "X" che intende rendere disponibile come fondi di compensazione. Anche l'importo variabile va corrisposto annualmente durante l'intera durata della concessione.

Formula di calcolo importo variabile:

$0,01 * X * PUN \text{ medio annuo dell'anno precedente [Euro/MWh]} * Produzione \text{ energetica annua media prevista [MWh]}$

In particolare, sono:

PUN: "Prezzo Unico Nazionale" è il prezzo per l'acquisto di energia elettrica sul mercato italiano.

X: Percentuale della produzione totale nella forma dell'equivalente valore economico, che l'offerente è disposto a cedere a favore della collettività.

L'offerta economica viene valutata nel corso della valutazione economica. Il richiedente può offrire oltre a importi finanziari anche altre prestazioni a favore della collettività secondo i criteri di cui alla Legge e secondo la relativa deliberazione riguardante i fondi di compensazione. Inoltre, le prestazioni non pecuniarie sono da internalizzare e da rappresentare come valore economico nella citata percentuale della produzione totale "X". In questo modo anch'esse fluiscono nel fattore da indicare e quindi nel calcolo. Il relativo calcolo deve essere allegato. Queste prestazioni possono comparire esclusivamente nell'offerta economica, altrimenti non vengono computate. Inoltre, non devono contenere misure finalizzate ad attenuare o ad evitare effetti ambientali diretti negativi del progetto.

L'offerta economica per i fondi di compensazione a corredo del progetto deve essere protetta da password. Per la trasmissione delle domande si rimanda al paragrafo 10.

7. Domanda di rinnovo

7.1 Rinnovo delle concessioni per piccole derivazioni e per medie derivazioni intestate a Cooperative Storiche

Ai sensi dell'art. 24, comma 1 della legge gli esercenti di piccoli impianti idroelettrici possono richiedere presso l'Ufficio Gestione sostenibile delle risorse idriche il relativo rinnovo a partire da un anno e al più tardi sei mesi prima della scadenza della concessione. Qualora le domande non vengano presentate almeno sei mesi prima della scadenza, le stesse non vengono più accettate e la concessione decade.

Il presupposto è la presentazione del modulo compilato A.6 e la conferma, da parte di un tecnico abilitato, del rispetto di tutte le prescrizioni di sicurezza. Ai sensi dell'art. 24, comma 2, della Legge la concessione viene rinnovata, ove non sussistano elementi contrari. Per ogni rinnovo di concessione di derivazioni a scopo idroelettrico deve essere presentata un'analisi ecologica che tenga conto degli adeguamenti alle disposizioni di legge. (cfr. 5.1.2, punto 3). Solo per piccole derivazioni a scopo idroelettrico, che servono esclusivamente all'autoconsumo di malghe e rifugi è possibile presentare un'analisi ecologica semplificata. L'ufficio richiede il parere interno dell'Ufficio Tutela acque, che stabilisce le disposizioni necessarie per un utilizzo della risorsa idrica nel rispetto dell'ambiente ed eventualmente può anche prescrivere i necessari adattamenti del DMV. A questo scopo devono essere presentati dati di deflusso plausibili. Per la valutazione della protezione dalle piene può essere richiesto un parere all'Area Funzionale Bacini Montani. Per acque da pesca è inoltre necessario, ai sensi della L.P. n. 3 del 13.02.2023, il parere interno dell'Ufficio Gestione fauna selvatica.

Nel corso del rinnovo l'esercente può eseguire modifiche o ammodernamenti, i quali non devono tuttavia modificare sia il punto di presa che quello di restituzione oppure aumentare la portata derivabile oppure estendere il periodo di derivazione.

È invece da perseguire l'aumento della produzione annua attraverso il miglioramento degli impianti tecnici (migliore rendimento, ecc.). Un tale miglioramento è ovviamente sempre possibile anche durante il periodo della concessione.

Con la domanda di rinnovo di una concessione per una piccola derivazione a scopo idroelettrico, senza variazioni edili oppure sostituzione di macchine, **sono da presentare i seguenti documenti**:

1. Modulo A.6 compilato;
2. Conferma del corretto funzionamento dell'impianto sulla base dell'ultimo esame tecnico per la sicurezza (verifiche delle condotte forzate e delle condotte di adduzione in pressione non più vecchia di 10 anni, dichiarazione di conformità degli impianti elettrici secondo il D.M. del 19.05.2010);
3. Valutazione dei rischi aggiornata: descrizione del rischio generato dall'impianto per l'ambiente circostante con descrizione delle misure eventualmente da adottare. L'analisi del rischio è necessaria per i casi di cui all'articolo 3 della delibera della Giunta Provinciale n. 221 del 2 aprile 2019;
4. Elenco aggiornato delle particelle interessate dalle opere;
5. Progetto sullo stato finale / rilievo dello stato di fatto dell'impianto;
6. Analisi ecologica (vedasi sottoparagrafo 5.2.2 punto 3);
7. Le Cooperative Storiche, nella dichiarazione d'interesse indicano le prestazioni da erogare a favore della collettività nei comuni rivieraschi e rendono conto della loro realizzazione ai sensi dell'articolo 2, comma 1, lettera b) della Legge.

In caso di incompletezza il richiedente viene invitato una sola volta a presentare integrazioni a pena di archiviazione della domanda.

Qualora nell'ambito di rinnovo il concessionario pianifichi modifiche non sostanziali dal punto di vista della legislazione sulle acque che interessano il tipo di presa oppure di restituzione, la grandezza e la posizione della centrale esistente, il diametro oppure il tracciato della condotta forzata o delle condotte di adduzione sono **ulteriormente ancora da presentare i seguenti documenti**.

Per la relazione tecnica e gli elaborati grafici valgono le indicazioni riportate al paragrafo 5.6.

Anche in questo caso, se la documentazione risulta incompleta, il richiedente viene invitato una sola volta a presentare integrazioni a pena di archiviazione della domanda.

Se i lavori previsti di rinnovo e ammodernamento richiedono un parere amministrativo rilasciato da tre o più Uffici incluso l'Ufficio, allora avviene una valutazione attraverso la Conferenza dei servizi.

Se variano l'ubicazione delle opere di presa o di restituzione, vengono aumentate le portate d'acqua derivabili oppure viene esteso il periodo di derivazione (modifiche sostanziali), il progetto verrà trattato secondo la procedura ai sensi dell'art. 3 e successivi della Legge; ove il concessionario esistente apre la procedura come promotore.

7.2 Rinnovo delle concessioni per medie derivazioni

Ai sensi dell'art. 21, comma 1 della Legge, le concessioni per medie derivazioni vengono, salve le eccezioni previste dal comma 1 dello stesso articolo, nuovamente bandite dopo la loro scadenza. Il titolare di una tale concessione può chiedere il rinnovo all'Ufficio Gestione sostenibile delle risorse idriche al più presto due anni prima ed al più tardi un anno prima della scadenza della stessa.

Qualora le domande non vengano presentate almeno un anno prima della scadenza, le stesse non vengono più accettate e la concessione decade. Inoltre, bisogna rispettare quanto segue:

- a) Documentazione da presentare almeno un anno prima della data di scadenza per l'avvio della procedura:
 - richiesta di rinnovo;
 - **relazione tecnica** con la stima del valore residuo dell'impianto secondo la relativa delibera della Giunta Provinciale "Approvazione delle linee guida per la determinazione dell'indennizzo al concessionario uscente". L'ammontare dell'indennizzo viene concordato tra il concessionario uscente e l'Amministrazione Provinciale;
 - **relazione tecnica sulla sicurezza**, verifica della condotta forzata e dichiarazione di conformità degli impianti elettrici così come il progetto sullo stato finale;
 - Analisi ecologica (vedasi sottoparagrafo 5.1.2 punto 3).

- b) Qualora la Provincia e il concessionario uscente non pervengano ad un accordo, l'ammontare dell'indennizzo spettante a quest'ultimo viene fissato da un collegio di tre esperti/esperte di comprovata competenza in materia. Ciascuna parte nomina un esperto/un'esperta; il terzo esperto/la terza esperta viene nominato/nominata di comune accordo tra la Provincia e il concessionario uscente. Qualora la Provincia e il concessionario uscente non pervengano ad un accordo, il terzo esperto/la terza esperta viene nominato/nominata dal/dalla presidente della Camera di Commercio, Industria, Artigianato e Agricoltura di Bolzano.

Il bando di gara può prevedere le seguenti opzioni per il nuovo utilizzo del tratto di corpo idrico:

- i. Presa in consegna dell'impianto esistente.
Con la richiesta di partecipazione e scelta di questa opzione deve essere presentata solamente l'offerta economica.
- ii. Presa in consegna dell'impianto esistente con adattamenti, ammodernamenti oppure lavori di rinnovo progettati per l'impianto (variante non sostanziale).
Con la richiesta di partecipazione è da presentare, insieme all'offerta economica, anche la relazione tecnica per le innovazioni tecniche. Inoltre, deve essere presentata un'analisi ecologica secondo il punto 3 del sottoparagrafo 5.2.2 nella quale vengono presi in considerazione gli effetti sull'ambiente delle innovazioni tecniche. Inoltre, si deve rispondere ai criteri per minimizzare gli effetti su ambiente, clima, biodiversità e paesaggio ai sensi dell'art. 21, comma 5, punto b/bis della Legge generati dagli interventi di rinnovo proposti.
- iii. Realizzazione di un nuovo impianto, anche parzialmente, con varianti sostanziali della concessione.
Con la richiesta di partecipazione sono da presentare, insieme all'offerta economica, anche la relazione tecnica per le varianti sostanziali e varianti non sostanziali ed i documenti previsti al sottoparagrafo 5.2.2 e il rapporto ambientale ai sensi della Legge provinciale del 13 ottobre 2017, n. 17, così come i criteri per minimizzare gli effetti su ambiente, clima, biodiversità e paesaggio ai sensi dell'art. 21, comma 5, punto b/bis della Legge generati dagli interventi di rinnovo proposti.

8. Esecuzione del collaudo

Ai sensi dell'art. 20 della Legge il collaudo deve avvenire a spese del richiedente, tramite un/a tecnico/a abilitato/a, sulla base delle caratteristiche tecniche del progetto autorizzato e delle prescrizioni stabilite. Al fine di evitare conflitti d'interesse il collaudo deve essere effettuato da un collaudatore non coinvolto nella progettazione.

Dopo il termine dei lavori e entro il collaudo, entro il periodo di derivazione, l'impianto può essere messo provvisoriamente in esercizio per l'esecuzione del collaudo, previa comunicazione all'Ufficio. L'esercizio provvisorio, la cui durata non deve eccedere i 3 anni, ha validità fino alla conclusione della procedura di collaudo e comunque per più di un anno dalla fine dei lavori per la taratura dei dispositivi per il rilascio del deflusso minimo vitale.

15 giorni prima della messa in esercizio regolare dell'impianto, deve essere trasmessa all'Ufficio la documentazione del collaudo corredata del progetto relativo allo stato finale dei lavori e il modulo A.8 compilato.

Inoltre, sono da indicare:

- Verifiche delle condotte forzate e delle condotte di adduzione in pressione;
- Dichiarazione di conformità degli impianti elettrici;
- Potenza installata (uscita generatore);
- Dati di targa della turbina, generatore, trasformatore;
- Attestazione che tutti i dispositivi per il rilascio del deflusso minimo vitale sono stati realizzati secondo il decreto di concessione;
- Risultati della taratura del dispositivo per il rilascio del deflusso minimo vitale prescritto, con indicazione del tipo di verifica e di taratura (relativo ad un anno di esercizio);
- Attestazione della corretta esecuzione dei provvedimenti di compensazione e di mitigazione, qualora previsti;
- Conferma del rispetto delle prescrizioni del decreto di concessione e, qualora rilasciato, del disciplinare.

9. Diritto per la firma del progetto

Come stabilito dalla sentenza delle Sezioni Unite Civili della Cassazione n. 5089 del 05.03.2014 i documenti di progetto da allegare alla domanda devono essere firmati da un/a tecnico/a abilitato/a. Sono ammesse soltanto le domande da essi firmate e timbrate. È importante che tutti i documenti tecnici del progetto siano firmati dal relativo tecnico/a abilitato/a.

La firma digitale deve rispettare i requisiti di cui al DPCM 22 febbraio 2013 ed essere rilasciata da un organismo incluso nell'elenco pubblico dei certificatori accreditati presso l'Agenzia per l'Italia Digitale ai sensi dell'art. 29, comma 1, del D.lgs 82/2005 ovvero, nel caso di firma elettronica qualificata rilasciata da uno Stato membro dell'Unione Europea, la stessa deve rispettare i requisiti espressi nel regolamento UE n. 910/2014 - eIDAS e le specifiche stabilite dalla decisione di esecuzione (UE) 2015/1506. Per la verifica della validità della firma digitale è possibile fare riferimento al sito dell'Agenzia per l'Italia Digitale <http://www.agid.gov.it/agenda-digitale/infrastrutture-architetture/firme-elettroniche/software-verifica> --> per firma digitale.

10. Trasmissione delle domande e gestione documentale

Per la gestione documentale si deve rispettare quanto previsto dalla deliberazione della Giunta Provinciale del 26.06.2018, n. 630 - Approvazione del Manuale di gestione documentale della Provincia autonoma di Bolzano - Alto Adige.

Per quanto attiene le domande quali ad esempio nuove domande di concessione, rinnovi di concessioni esistenti si fa presente che questi ultimi rientrano tra i file di grandi dimensioni, che vanno trattati ai sensi del Manuale di gestione documentale della Provincia Autonoma di Bolzano.

La documentazione deve essere sottoscritta digitalmente e depositata in un unico file compresso entro la scadenza di consegna nello spazio cloud.

Per tutte le procedure in concorrenza il file compresso di cui sopra deve anche essere protetto da password da trasmettersi su richiesta dell'ufficio all'indirizzo email comunicato dall'Ufficio. L'Ufficio conferma la ricezione della password.

L'offerta economica, se prevista, deve essere firmata digitalmente e deve essere inserita nel suddetto file compresso con una seconda password separata. Anche la password per l'apertura dell'offerta economica potrà essere trasmessa solamente a seguito di esplicita richiesta dell'Amministrazione.

Nelle gare d'appalto per le concessioni idriche, la procedura qui descritta può essere specificata e integrata nel bando di gara. Inoltre, nel bando di gara possono essere previste regole procedurali che si discostano da queste linee guida.

11. Allegato: moduli

I moduli rilasciati in accordo con questa linea guida tecnica sono pubblicati sulle pagine internet dell'Agenzia Provinciale per l'Ambiente e la Tutela del Clima e in caso di modifica, vengono approvati con Decreto del Direttore di Ripartizione.

- A.1 Domanda di concessione per derivazione a scopo idroelettrico (per il promotore, da pubblicare)
- A.2 Domanda di concessione per derivazione a scopo idroelettrico – dati integrativi (per il promotore)
- A.3 Domanda di concessione per derivazione a scopo idroelettrico (per i concorrenti)
- A.4 Domanda di concessione per lo sfruttamento del potenziale idroelettrico su acquedotto idropotabile
- A.5 Domanda di concessione per lo sfruttamento del potenziale idroelettrico su impianti irrigui o d'innevamento
- A.6 Domanda per il rinnovo di concessione per piccola derivazione a scopo idroelettrico (<220 kW)

A.7 Nessun modello

A.8 Domanda per rilascio dell'attestazione di collaudo e svincolo della cauzione

A.9 Offerta economica per la definizione dei fondi di compensazione

A.10 Domanda di subingresso di una concessione per derivazione a scopo idroelettrico